

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
**Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

**Redaktion und Expedition:** Berlin W 57  
 Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
 Fernsprecher: Amt Sühm Nr. 6488

**Staats- und Gemeindebetriebe  
 sollen Musterbetriebe sein!**

**Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
 vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
 Postzeitungsliste Nr. 3164**

**Inhalt:** Gemeindefozialismus und Arbeitgeber. — Wer ist Herr im Stettiner Rathaus? (I) — Die Arbeiter-Ausschüsse in Frankfurt a. M. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912 (I). — Der freie Sonnabendnachmittag in der Schweiz. — Notizen für Gasarbeiter. — Wasserbauarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Verbandsteil. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste des Verbandes. — Feuilleton: Die Bedeutung der Entwicklungstheorie für unsere Naturanschauung.

## Gemeindefozialismus und Arbeitgeber.

In der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ entleert seit einiger Zeit ein Dr. Zahnbrecher-Nürnberg sein „geistiges Reservoir“. Er produziert Artikelserien, die darauf schließen lassen: der Mann will sich in der jetzigen Hochkonjunktur der Scharfmacherei die Sporen verdienen. Nachdem Professor Bernhard die „Gefahren“ zuweitgehender Sozialpolitik dargelegt und wider die Rathedersozialisten zu Felde gezogen, kommen nun die gelehrigen Schüler herbei, um auf dem bislang noch weniger umstrittenen Gebiete des Gemeindefozialismus die Interessen der Arbeitgeber „wissenschaftlich“ wahrzunehmen.

Nun würden uns die Darlegungen eines „Dr. phil. et oec. publ.“ Zahnbrecher zu irgendwelchen Randbemerkungen kaum Veranlassung geben, wenn nicht zahlreiche Symptome dafür vorhanden wären, daß in der Praxis die Herren Unternehmer, soweit sie in Arbeitgeberverbänden organisiert sind, sich neuerdings stärker denn je in die Arbeiterpolitik der Gemeinden einmischen. Auf diese Weise wird das Bestreben unserer Organisation, für sämtliche Gemeindeangestellte (Arbeiter wie Unterbeamte) menschenwürdige Zustände zu schaffen, erheblich erschwert. Wiederholt war es der Arbeitgeberverband von Mannheim, der sich „rühmlich“ bemerkbar machte unseren wirtschaftlichen Aufstieg hintanzuhalten. In Köln usw. haben es Handelskammern mit Tendenzgutachten schlimmster Art versucht und — sie haben zum Teil Erfolg gehabt.

Der Bericht des Stettiner Arbeitgeberverbandes (über den wir näheres an zweiter Stelle d. Bl. nachzulesen bitten) weist gleichfalls offenkundige Erfolge im Sinne der Unternehmer auf, das heißt, unseren bescheidenen Forderungen ist nicht Rechnung getragen worden. Wie weit in Berlin, Hamburg und anderen Großstädten unter der Decke die organisierten Unternehmer Gelegenheit hatten, ihren unheilvollen Einfluß auf die mangelhafte Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Geltung zu bringen, entzieht sich einstweilen unserer genaueren Kenntnis. Aber in vielen, vielen Fällen dürfte die Ablehnung unserer wirtschaftlichen Forderungen bereits der stillen, aber zähen Tätigkeit der Arbeitgeberorganisationen zu „danken“ sein.

Nachdem also die Praxis hinlänglich vorgearbeitet, darf nun auch der ideologische Ueberbau nicht länger fehlen, und so setzte sich der wacker Dr. Zahnbrecher auf die Sohlen und begründete die Notwendigkeit einer scharfen Stellungnahme

der Arbeitgeber gegen den Gemeindefozialismus. Diejenige Richtung der Unternehmer, die in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ ihr Sprachrohr besitzt, hat von jeher nicht viel danach gefragt, ob Kulturrerungenschaften auf dem Spiele stehen. Für sie ist die unmittelbar-kurzfristig-egoistische Wahrnehmung der Unternehmer- und Profitinteressen das Leitmotiv. Und wenn das Scharfmacherorgan auch infolge der Verschrobenheit, mit der hier wider den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Massen gekämpft wird, oft lächerlich wirkt, „da oben“ (in Regierungskreisen, bei Behörden, bei bürgerlichen Stadtverordneten und Magistraten) hat man nur allzuoft ein williges Ohr gefunden. Ja, die Zeichen der Zeit mehrten sich, daß die Herren völlig Oberwasser bekommen; da lohnt es sich, ein wenig ihre Ideologien unter die Lupe zu nehmen. . . .

Wohin die Reise geht, kann man leicht daraus erkennen, daß die Gliederung der Aufsätze (die demnächst auch in Broschürenform herauskommen) folgendermaßen von Dr. Zahnbrecher geordnet ist: 1. Sozialistische Kommunalpolitik. 2. Bürgerliche Sozialpolitik in den Gemeinden. 3. Stellungnahme der Arbeitgeber zum Gemeindefozialismus. Geben wir der Darstellung ein wenig nach. Zunächst werden die sozialdemokratischen Vertreterzahlen dargestellt. Es sind zurzeit zirka 12000 sozialdemokratische Gemeindevertreter in 3676 Stadt- und Landgemeinden tätig. „Was haben die Arbeitgeber gerade auf dem Gebiete des Gemeindefozialismus gegenüber der Sozialdemokratie für eine Macht zu repräsentieren?“ fragt Dr. Zahnbrecher pathetisch.

Gemacht! Dieser Zahl stehen leider weit über 30000 bürgerliche Gemeindevertreter gegenüber, und wenn man bedenkt, daß die eigentliche Verwaltungskörperschaft (wenigstens in Preußen) die sozialisteneinen Magistrate sind, so tritt ganz klar zutage, daß die Interessen der Unternehmer immerhin ganz respektabel gewahrt sind. Denn man mag den guten Willen und das Wohlwollen einzelner bürgerlicher Vertreter noch so hoch in Rechnung stellen, Tatsache ist, daß die Arbeiterinteressen immer noch einer ungläublichen Verständnislosigkeit in den Gemeindeverwaltungen begegnen. Es werden dann die drei Kommunalprogramme, des sozialdemokratischen Parteitag in Bremen, der Sozialdemokratie Preußens und Bayerns, im Wortlaut abgedruckt. Als Fazit der sozialdemokratischen Kommunalpolitik in der Praxis aber wird ausgegeben: Oberster Grundsatz sei: „Parteiwohl über Gemeinwohl!“ Die Begründung wird in der Hauptsache aus den abgetanen Argumenten von Dr. Franz Ludwig bestritten, der vor Jahren schon von den bürgerlichen Sozialpolitikern ganz gehörig beimgeschickt worden ist.

Natürlich will (nach Dr. Ludwig) die Sozialdemokratie „alles verunzieren“ und so sieht in diesem von Dr. Zahnbrecher wieder aufgefundenen Zwiegesprächen die Finanzpolitik so aus: Schuldenwirtschaft, rapides Anwachsen der kommunalzuschläge, übermäßige Belastung der sechsten

Elemente (ließ: Hausbesitzer), Vermehrung der städtischen Regie ohne Berücksichtigung der Rentabilität usw. Doch hören wir ihn selber:

„Der sozialdemokratische Sozialpolitiker Dr. Lindemann stellte ja selbst seit „daß ein städtisches Unternehmen unter dem Gesichtspunkte des privatkapitalistischen Unternehmers bankrott sein könnte, weil es jährliche Defizite mache, vom Standpunkt des sozialen Beobachters aus aber ein unerwünschter Besitz für die Stadt sei!“ Praktisch heißt das soviel, daß die Arbeiter in den städtischen Betrieben die kürzeste Arbeitszeit und die höchsten Löhne erhalten könnten, bei weitestgehender Berücksichtigung ihrer sonstigen Wünsche, denn die Fische braucht ja nicht; der städtische Betrieb zu zahlen; denn würde dieser Betrieb bankrott sein, so würden ja die Arbeiter doch die Löhne aus den Zuschüssen der steuerzahlenden Bürger erhalten. Auf der anderen Seite aber würde dem Privatunternehmer es schwer werden, auf die Dauer Arbeiter zu bekommen unter weniger günstigen Bedingungen, da sich ja alle Arbeiter den städtischen Betrieben, die auf allen Gebieten zahlreich vermehrt werden sollen, zuwenden würden. Um Leute zu bekommen, müßte dann auch der Privatunternehmer mit seinen Löhnen empor- und mit der Arbeitszeit zurückgehen, so daß er zweimal geschlagen würde: einmal in der Erhöhung seiner eigenen Ausgaben für die Arbeiterschaft, das anderemal in der Erhöhung der Steuerzuschüsse für die Deckung der städtischen Defizite.“

Der arme, zweimal geschlagene Arbeitgeber! Daß die Krankenhäuser, Parkanlagen usw. notwendige Bestandteile gemeindlichen Regiebetriebes sind, dürfte selbst dem gewiß nicht humanitätsduelligen Dr. Zahnbrecher einleuchten. Trotzdem polemisiert er gegen diese Darstellung Dr. Lindemanns! Und obendrein sollten die im Verhältnis wenigen städtischen Arbeitsstellen auf die Lage des gesamten Arbeitsmarktes so entscheidend sein?

So wünschenswert es wäre, daß die Regiebetriebe 1. v o r - b i l d l i c h und 2. r ü c k w i r k e n d auf die Privatindustrie (als Vorbild) gelten könnten, so weltersen wir stehen wir diesem Zustande heute! Einstweilen nehmen sich die Städte nur zu oft die zurückgebliebensten Privatunternehmer zum Muster, zum anderen wird geradezu ängstlich erwogen, ob man nicht ein „Privilegium“ für städtische Arbeiter schafft. Die unmöglichsten Begründungen müssen oftmals herhalten, um nur ja nicht die Löhne der städtischen Arbeiter in eine Reihe mit der Privatindustrie zu bringen. Das ist die Praxis der heutigen kommunalpolitisch!

Besonders haben es dem Verfasser die sozialen Kommissionen angetan mit ihren „sogenannten“ unparteiischen Vorsitzenden (wie sich Herr Dr. Zahnbrecher ausdrücken beliebt). Er schüttet sein unternehmerfreundliches Herz folgendermaßen aus:

„Dabei verlangt Lindemann die Zuziehung der Gewerkschaften zu den sozialen Kommissionen. Die Arbeiterschaft der deutschen Städte, welche auf insgesamt 120- bis 130 000 Personen geschätzt werden kann, soll natürlich, was Löhne, kürzere Arbeitszeit usw. anlangt, an der Spitze aller Arbeiter marschieren. Dabei ist sehr zu beachten, daß in der Gesamtheit der Städte 1907 nach einer Aufstellung von Dr. Ludwig von je 100 Arbeitern 39,8 Proz. gelernte und 60,2 Proz. ungelernete Arbeiter waren. In den städtischen Betrieben und Verwaltungszweigen steht die gelernte Arbeit also ganz außerordentlich hinter der ungelerten zurück, was natürlich für die Beurteilung der Lohnverhältnisse von großer Bedeutung ist. Da aber die ungelerten Arbeiter der Städte höhere Löhne erhalten sollen als wie die gelernten der Privatindustrie, wird dadurch eine beträchtliche Lohnerhöhung für die Privatindustrie die Folge der sozialdemokratischen Lohnpolitik in den Kommunen sein. Neben den zahlreichen Forderungen auf Lohnsteigerung sind aber in den sämtlichen Städten, die auch nur einen sozialdemokratischen Vertreter besitzen, fortwährende Forderungen auf Feuerungszulagen, Mietzuschüsse, Gewährung von Prämien, Verkürzung der Arbeitszeit usw. gestellt worden. Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß die freigewerkschaftliche, d. h. die sozialdemokratische Organisation der städtischen Arbeiterschaft bereits großen Umfang angenommen hat. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter segelt völlig im Fahrwasser der sozialdemokratischen Gewerkschaften; er fordert die generelle Einführung des Achtundtages in allen Gemeinde- und Staatsbetrieben, führt in seiner Wochenchrift „Die Gewer-

schaft“ die gleiche Sprache, wie sie in sonstigen sozialdemokratischen Organen üblich ist. Der Verband zählt bereits an die 35 000 Mitglieder, hat somit einen ganz erheblichen Prozentsatz der sämtlichen Gemeinde- und Staatsarbeiter zu organisieren verstanden. Daß der Verband selbstverständlich für den Streik in Gemeindebetrieben ist, braucht nicht näher erörtert zu werden. Welche Folgen ein Streik in städtischen Betrieben nach sich ziehen kann, braucht hier nicht näher erörtert zu werden. Es sei nur an die sanitären Folgen von Streiks der Katalienarbeiter (praktisches Beispiel, der Streik der Katalienarbeiter in Kiel), der Arbeiter der Elektrizitäts- und Gaswerke erinnert. In den Arbeiterausschüssen sollen nach den Wünschen und nach den Anträgen zahlreicher sozialdemokratischer Vertreter über Lohn- und sonstige Arbeitsverhältnisse Rechtsentscheidungen der Arbeiter selbst entscheiden; natürlich kann sich eine geordnete städtische Verwaltung damit nicht einverstanden erklären, denn die städtischen Betriebe werden geleitet auf Rechnung und Gefahr der Kommunen.“

Zunächst trifft die Zusammensetzung der städtischen Arbeiter nicht einmal das Richtige. Die immer komplizierter sich gestaltende Arbeit in den Regiebetrieben erfordert eine solche Ansammlung von Kenntnissen und von Verantwortlichkeitsgefühl, wie nur ein Berufs- Warum sieben und wählen denn die Stadtverwaltungen so sorgfältig unter ihren Arbeitern? Sie stellen nur bis zu einem gewissen Alter (häufig 35 Jahre!) Arbeiter ein, fordern vielfach Gesundheitsattest und Nahrungszugnis und sehen also in dieser Beziehung auf ein h o c h q u a l i f i z i e r t e s Arbeiterpersonal, dem sie leider nicht die entsprechende Bezahlung zubilligen.

Zum Scherz Zahnbrechers führt die „Gewerkschaft“ die gleiche Sprache, wie sie in sonstigen „sozialdemokratischen“ Organen üblich ist! Aus der scharfmacherischen Darstellung ins richtige Licht gerückt, heißt das ja wohl, daß wir, genau wie die anderen freien Organisationen, die Interessen der städtischen Arbeiter wahrnehmen. Das stimmt nun zwar, nur sind es nicht 35 000, sondern (man muß die Zahlen umfehren!) 53 000 Mitglieder, die wir zu organisieren verstanden haben. Und um die Schrecknisse klarzulegen, die wir anrichten können, wird ausgerechnet der Streik in Kiel genannt, bei dem die Sympathie der weitesten Öffentlichkeit auf unserer Seite stand und der mit Streikbrechergesindel schlimmster Art bekämpft wurde.

Arbeiterausschüsse, die über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse selbst (ohne die Stadtverwaltung) entscheiden sollen, existieren übrigens bloß im Kopf Dr. Zahnbrechers. Weder unser Programm, noch die sozialdemokratischen Gemeindeprogramme weisen so etwas auf. Hätte sich der weise Gelehrte der kleinen Mühe unterzogen, seine eigenen Ausschnitte (die sozialdemokratischen Programme) zu lesen, er wäre vielleicht nicht auf die Dr. Ludwigschen Kunststücke hineingefallen.

Was sonst noch über städtische Arbeitsnachweise, über die „sozialdemokratische Wirtschaft“ in Offenbach und Mühlhausen vorgebracht wird, sind die alten Lädenhüter des Reichslügenverbandes. Wir schenken sie dem „Gläubigen“, möchten aber bezweifeln, daß Dr. Zahnbrecher dazu zählt! Er kommt dann zu folgender Forderung:

„Unter Berücksichtigung der sozialdemokratischen Arbeit in den Gemeinden ist die Forderung vollaus berechtigt, daß die bürgerlichen Parteien Streit und Hader zurückstellen und sich wenigstens auf dem Gebiet der Gemeindepolitik zusammenkommen mögen. Wenn auch auf dem Gebiet der Reichs- und Landespolitik Weltanschauungsgegensätze nicht selten trennend wirken, in der Gemeinde sollen sich die bürgerlichen Vertreter, ob sie nun Freisinnige, Liberale, Volksparteiler oder Zentrumsangehörige sind, zusammenschließen. Ganz besonders ist dies Aufgabe der Arbeitgeber, welche ja in erster Linie die finanziellen Folgen der sozialdemokratischen Gemeindepolitik zu tragen haben.“

Da haben wir also den Salat. Die Arbeitgeber als Bannerträger sämtlicher kommunalpolitischer Parteien wider den roten Gemeindevandalen. Das Bild wirkt durchaus nicht so lächerlich, daß es tötet, sondern es sind bereits mancherlei Ansätze zu solcher Entwicklung. Darum müssen wir die Augen aufhalten!



## Wer ist Herr im Stettiner Rathaus?

I.

Nur zu oft hört man, daß bei Anträgen der städtischen Arbeiter deren Wünsche „nicht entprochen werden kann“. Die Stadtverwaltung befindet sich in einer ungünstigen finanziellen Situation; würde man den Forderungen stattgeben, so müßten unweigerlich die Gemeindesteuern erhöht werden. Weiter heißt es: es wären Mittel der Allgemeinheit und diese dürfen nicht dazu verwandt werden, um einem Teil besondere Vergünstigungen zu gewähren.

Neulich erging es unseren Stettiner Kollegen. Auch sie übermitteln am 15. Juli 1912 den städtischen Kollegen den Antrag: Erhöhung des Lohnes um 10 Proz. und Einführung von Wochenlöhnen. Als die wirtschaftliche Not immer höher stieg, und da man bisher von den städtischen Vorgesetzten nichts gehört hatte, wie weit diesen Anträgen entsprochen werden sollte, waren sie gezwungen, abermals ihre Forderung geltend zu machen. Gerade um die damalige Zeit befaßten sich eine ganze Reihe von Stadtverwaltungen mit der Frage der Teuerung und der Milderung der Not. Auch Stettin. Die Arbeiter der städtischen Betriebe glaubten daher annehmen zu können, daß die städtischen Behörden ihnen ein Entgegenkommen zeigen würden. Sie ersuchten als Ausgleich, gegenüber den fortwährenden Steigerungen der Lebensmittelpreise, um eine Teuerungszulage von monatlich 10 Mk. Der Magistrat versicherte, daß die städtischen Behörden es bisher durchaus nicht an Wohlwollen für ihre Arbeiter haben fehlen lassen. Die Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Mittel und die hohe Steuerlast der Stadt haben es nicht möglich gemacht, so weit zu gehen, wie es den Forderungen der Arbeiter und wie es selbst den Wünschen der Verwaltung entsprochen hätte! Wir hätten das geglaubt, wenn nicht „ein anderer“ den schlüssigen Gegenbeweis erbracht hätte. Dieser andere ist kein geringerer als der Verein deutscher Arbeitgeberverbände in Stettin-Vommern. Auf Seite 49 seines Jahresberichts ist folgendes zu lesen:

„Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter in Stettin.

Einführung von Wochenlöhnen an Stelle von Stunden- und Tagelöhnen.

Dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung ist am 15. Juli des Berichtsjahres eine Eingabe der städtischen Arbeiter überreicht worden, in der eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 10 Proz. und die Einführung von Wochenlöhnen an Stelle der bisherigen Tage- und Stundenlöhne beantragt wurde. Die Angelegenheit wurde zunächst in einer gemeinsamen Vorstandssitzung der Ortsgruppe Stettin und der Vereinigung der Eisenindustriellen Stettins zur Erörterung gestellt. Beide Vorstände haben sich übereinstimmend gegen die Einführung von Wochenlöhnen ausgesprochen und beschlossen, den Verein zu ersuchen, geeignete Schritte hiergegen zu unternehmen. Der Verein hat darauf eine Eingabe an den Magistrat ausgeführt, daß er gegen die beantragte Einführung von Wochenlöhnen im Interesse der gesamten Industrie mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen müsse. Zur Begründung wurde hervorgehoben, daß nach dem in der ganzen deutschen Industrie maßgebenden Grundsatz der Lohn als Bezahlung für geleistete Arbeit gelte und eine Vergütung für Zeiten, in denen keine Arbeit geleistet wird, daher nicht stattfinden. Das Schüren des Wochenlohnes bedinge dagegen, daß auch die in die Woche fallenden Feiertage mitbezahlt werden, also eine Entlohnung nicht geleisteter Arbeit erfolge.

Belont wurde fernerhin, daß die Genehmigung dieses Antrages der städtischen Arbeiter zweifellos zur Folge hätte, daß auch die Arbeiterchaft der Stettiner Industrie bald mit gleichen Forderungen an ihre Arbeitgeber herantreten würde.

Der Verein hat ferner darauf hingewiesen, daß in der gesamten Industrie Stettins nur bei den Franzereien und Brennerien feste Wochenlöhne die Grundlage bilden, daß aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser beiden Industriezweige als maßgebend nicht angesehen werden können, da hier die Bedingungen des Arbeitsvertrages durch die Arbeitsorganisation der Arbeitgebern gewissermaßen aufgewungen worden sind.

Der Verein hat die dringende Bitte ausgesprochen, den Antrag der städtischen Arbeiter auf Einführung von Wochenlöhnen im Interesse der Stettiner Industrie unbedingt abzulehnen. Die dem Antrag ist bei der im Dezember des Berichtsjahres erfolgten Regelung der Lohnverhältnisse Rechnung getragen worden.“

Also weiß es den Arbeitgebern nicht gefällig, nur aus diesem und keinem anderen Grunde dürfte der Magistrat der Einführung von Wochenlöhnen für die städtischen Arbeiter nicht näher treten.

Interessant ist ja der Schlußsatz, daß diesem Antrage auch bei der im Dezember des Berichtsjahres erfolgten Regelung der Lohnverhältnisse Rechnung getragen worden ist. Unsere Kollegen können sich nun bei den Scharfmachern bedanken für die mit rückwirkender Kraft vom 1. November v. J. ins Leben getretene Teuerungszulage. Man hat sich nicht wenig darauf zugute gehalten. Und nun muß man erleben, daß dies Produkt aus Unternehmertreue stammt. Der Magistrat ist also mutig zurückgewichen. Berücksichtigt man dies, dann kann man begreifen, daß die damalige Vorlage so viel Ungerechtigkeiten enthielt. Ausgeschlossen von dieser „Wohltat“ waren alle Hilfsarbeiter, Unberheirateten und Verheirateten ohne Kinder. Unsere Kollegen werden nun wohl sehen und am eigenen Leibe spüren, was sie in Zukunft vom Magistrat zu erwarten haben. Er will ja nicht aus eigener Kraft den Forderungen entsprechen, denn dazu fehlt ihm das Rückgrat.

Was selbst die kleinen und kleinsten Gemeinden mit weit unter 10 000 Einwohnern als ihre soziale Pflicht auffassen, das darf der Magistrat der bedeutendsten Handels- und Hafenstadt von Stettin nicht tun. Die Industrie könnte ernststen Schaden nehmen! Die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch die Industriellone könnte eine kleine und minimale Einbuße erleiden. Ist wohl je eine größere Unverschämtheit, wie hier, zutage getreten?

Um der Willkür der einzelnen Vorgesetzten zu entgegenen und dem gemeingefährlichen Einfluß der allmächtigen Scharfmacher einen Damm entgegenzusetzen, muß jetzt aber auch versucht werden, den letzten Mann für die Organisation zu gewinnen. Den lässigen und indifferenten Arbeitkollegen müssen die Augen geöffnet werden, daß sie sich an ihrer Familie und ihren Mitkollegen verjüngen, wenn sie unseren Reichen fernbleiben. Nur die Macht der Tatsachen wird dem Magistrat imponieren können.

## Die Arbeiter-Ausichüle in Frankfurt a. M.

Trotz aller Aufklärungsarbeit gibt es unter den städtischen Arbeitern in Frankfurt noch welche, die in dem Wahne leben, daß der Arbeiterausichulung imstande wäre, die Mängel, die dem Arbeitsverhältnis noch überall anhaften, beseitigen zu können. Erfreulicherweise greift aber die Einsicht immer mehr Platz, daß dem nicht so ist. Der weitaus größere Teil der Arbeiter ist sich darüber klar, daß die Arbeiterausichulen mehr problematischen als praktischen Wert haben. Wenn auch der Magistrat, insbesondere der Herr Stadtrat Klech, erklärt, daß die Ausichulen dazu berufen seien, die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter bei den Betriebsverwaltungen zur Sprache zu bringen und dort auch ruhig angehört werden. Wenn aber zur Beseitigung der Mängel von den Betriebsverwaltungen so gut wie nichts getan wird und alles beim alten bleibt, haben die Ausichulen für die Arbeiter den Wert verloren. Ja, einige Betriebsleiter halten es noch gar nicht einmal für notwendig, in den Sitzungen des Ausschusses selbst zu erscheinen. Durch die Sendung eines Vertreters glaubt man der Sache Genüge getan zu haben. Darunter, daß in den Sitzungen Vertretter erscheinen, leidet die Arbeit des Ausschusses, und infolgedessen ist das Resultat gleich Null. Selbst in den Fällen, wo die Betriebsleiter und Direktoren in den Sitzungen erscheinen, ist das Ergebnis ein negatives.

An einigen Beispielen aus der Praxis sei dies gezeigt. Die Arbeiter der städtischen Straßeneinigung haben dreierlei Arbeitszeiten. Für einen Teil der Arbeiter beginnt die Arbeit um 6 Uhr morgens und endet 6 Uhr abends. Die Gießer, welche die Straßen zu besprengen haben, arbeiten von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Die letzte Abteilung beginnt erst morgens um 8 Uhr und muß die Straßen bis abends 8 Uhr befahren. Damit, daß die Arbeitszeit so verschiedenartig beginnt, sind auch die Pausen anders geregelt. Speziell die Arbeiter, die mit der Arbeit morgens 8 Uhr beginnen, sind wirtschaftlich geschädigt, indem die Mittagspause in die Zeit von 12 bis 13 Uhr fällt. Wer nur einigermaßen mit den Verhältnissen der Arbeiter vertraut ist, weiß, daß, wenn die Kinder um 12 Uhr aus der Schule kommen, das dürftige Mittagessen eingenommen wird. Kommt nun der Vater erst um 2 Uhr nach Hause, dann ist auch noch das wenige Essen, das übrig geblieben war, ungenießbar. Zu wiederholten Malen hat sich der Arbeiterausichulung mit diesen für die Arbeiter unerträglichen Zuständen beschäftigt, alles ist umsonst gewesen. Inspektor Schröder, der Betriebsleiter der städtischen Straßeneinigung, beharrt auf seinem Willen, die Arbeitszeit wird nicht geändert, und alle Anstrengungen des Ausschusses, nach dieser Richtung eine Verbesserung zu erreichen, sind schlagend gescheitert.

Rechnen aber die Arbeiter zu den willkürlichen Veränderungen der Arbeitszeit in den Versammlungen Stellung dagegen, und auf dem Versammlungszettel steht das, was der Wahrheit entspricht, sofort fühlt sich der Herr Inspektor beleidigt und stellt bei den Ausschlußmitgliedern Nachforschungen an, wer die Versammlungszettel angefertigt hat. Würde Herr Schröder den berechtigten Wünschen des Arbeiterausschusses mehr Rechnung tragen und nicht so viel den Einflüsterungen seiner Aufseher usw. Raum gewähren, dann würde manche Klage verstummen. Es könnte gar nichts schaden, wenn manchem Vorgesetzten der Besen einmal in die Hand gedrückt würde, auch Herr Schröder sollte einmal Spätdienst tun, sofort bekäme der Dienst ein anderes Gesicht.

Der Arbeiterausschuß der städtischen Gas- und Wasserwerke beriet in seiner letzten Sitzung zum zweiten oder gar zum dritten Male die Verkürzung der Arbeitszeit für das Maschinen- und Heizerpersonal der Pumpwerke. Die Ausschlußmitglieder gaben sich die denkbar größte Mühe, Herrn Raurat Scherhase von der Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit zu überzeugen, aber alle aufgewandte Mühe war umsonst. Der Herr Raurat kann es gar nicht begreifen, daß das Heizen so schwer und anstrengend ist. Im Gegenteil, die Arbeit findet der Herr Raurat gar nicht so schwer und gesundheitschädlich. Es würde mir Vergnügen machen, sagte der Herr, einmal ein halbes Jahr als Heizer zu gehen. Dem Vergnügen des Herrn Raurats steht nichts im Wege. Mit dem Vergnügen wäre es bald aus, wenn er an Sonn- und Feiertagen, oder in Tag- und Nachtschicht, zwölf lange Stunden die Kessel heizen müßte. Daran scheint er gar nicht zu denken, daß auch Kesselreinigen usw. dazu gehört. Wenn schon die Medaille betrachtet wird, so darf die Betrachtung nicht einseitig sein, sondern beide Seiten müssen betrachtet werden. Waren sich die Ausschlußmitglieder in der Sitzung darüber schon klar, daß der Antrag abgelehnt würde, die darauf erteilte Antwort hat das Mißtrauen des Ausschusses vollständig bestätigt. Sie lautet folgendermaßen:

„Der Dienst der Maschinisten und des Heizerpersonals kann gegenüber anderen Gruppen von Wasserwerksarbeitern nicht als so anstrengend bezeichnet werden, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit geboten wäre. In Fällen, wo infolge hohen Alters eines Arbeiters oder aus sonstigen besonderen Gründen eine Entlastung angezeigt erscheint, sollen durch entsprechende Anordnungen Erleichterungen geschaffen werden.“

Eins verdient in der Antwort besonders festgehalten zu werden: der Hinweis auf die anderen Gruppen von Wasserwerksarbeitern hinsichtlich der Schwere der Arbeit. Wenn nun nach der Aussage des Herrn Raurats die Arbeit der Heizer nicht so schwer ist als wie die Arbeit der anderen Arbeiter, warum wird dann jenen Gruppen die Arbeitszeit nicht verkürzt? Also heraus mit der verkürzten Arbeitszeit, je eher je besser. Neugierig sind die Heizer, in welcher Art die Erleichterungen bestehen sollen, wenn sie alt sind. Erleichterungen, darunter versteht das Personal Verkürzung der Arbeitszeit, und die sollte auf dem schnellsten Wege erfolgen. Oder soll der Heizer auf seine Erleichterung so lange warten, bis er nicht mehr fähig ist, seinen Dienst zu verrichten und auf der Nase liegt? Dann freilich wird die Erleichterung nicht mehr lange auf sich warten lassen. Eine Vertröstung auf die zu erwartende kargliche Pension ist doch jedenfalls nicht damit gemeint. Aber die Heizer können auch zwischen den Zeilen lesen, und sie geben dem Schriftstück die richtige Deutung: Wenn der Mohr seine Schulddigkeit getan hat, kann er gehen.

Der andere Antrag, der noch mit behandelt wurde, Versetzung der Betriebswächter in die dritte Lohnklasse, fiel ebenfalls unter den Tisch, das sei nur nebenbei mit erwähnt.

In den anderen Betrieben liegen die Dinge genau so. Wie lange mußte der Ausschuß der Stadtgärtnerei darum einkommen, ehe es ihm möglich war, für die Arbeiter an den Samstagen eine Viertelstunde Vesperpause herauszuholen. Sträubt sich doch sogar die Direktion, den Gärtnern die zum Wurzelchnitt gebrauchten Messer zu liefern. Schließlich gab der Direktor seine Zustimmung, daß wenigstens den Gärtnern die Messer gestellt werden, die in der Baumschule beschäftigt sind, während der größte Teil der Gärtnere keine Messer erhält und das Nachsehen hat.

Wenn deshalb die städtischen Arbeiter in ihrer Mehrheit kein Zutrauen zu den Arbeiten des Ausschusses haben, so ist das aus den angeführten Beispielen leicht erklärlich. Aber die Arbeiter sollten auch dazu übergehen, die Grundbedingung zu schaffen: eine gute, einheitliche Organisation. Ist die geschlossene Macht vorhanden, kommen auch andere Zeiten für die Ausschüsse.

## Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

I.

Das Wirtschaftsjahr 1912 trug kein einheitliches Gepräge, sondern wies die widersprechendsten Züge auf. Im Bergbau, in der Maschinen- und Metallindustrie, sowie in der chemischen Industrie herrschte noch volle Hochkonjunktur, in der Textil-, Erd- und Stein- und Holzindustrie zeigten sich bereits die Einflüsse des Niedergangs, der im Baugewerbe in vollem Maße empfunden wurde. Die Beschäftigtenziffern waren im allgemeinen größer als im Jahre 1911, aber auch die Arbeitslosigkeit war größer geworden; sie stand in acht Monaten des Berichtsjahres und im Jahresdurchschnitt auf 122,4 Arbeitsuchende (1911: 121,1) pro 100 offene Stellen.

Unter diesen Einflüssen hatte auch die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu leiden. Neben Verbänden mit erheblicher Mitgliederzunahme finden wir in anderen Verbänden schon Mitgliederverluste, und das letzte Quartal 1912 brachte sogar einen Rückgang der Gesamtziffer.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände zählten im Jahresdurchschnitt 1912: 2530390 Mitglieder (gegen 2320986 im Vorjahre). Die Zunahme beträgt 9,02 Proz. (1911: 15,05 Proz.). In diesen Zahlen sind die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht eingeschlossen, die 1912 zusammen 22772 Mitglieder zählten. Rechnet man diese hinzu, so mufterten die freien Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1912 insgesamt 2553162 Mitglieder.

Die Ziffern stellen sich am Schlusse des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2559781 Mitglieder (gegen 2400018 Ende 1911). Die Zunahme betrug hier aber nur 159763 oder 6,44 Proz. Die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter zählten Ende 1912: 23714 Mitglieder, so daß die Gesamtziffer aller freien Gewerkschaften 2583495 betrug. Den Höchststand erreichten die Gewerkschaften im dritten Quartal mit 2572624 Mitgliedern (ohne Hausangestellte und Landarbeiter), wogegen das vierte Quartal schon wieder einen Rückgang von nahezu 13000 Mitgliedern brachte.

Die Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Zentralverbände seit Beginn der Gewerkschaftsjahresstatistik läßt sich an den folgenden Zahlen leicht verfolgen. Es betragen im Jahresdurchschnitt die Mitgliederzahlen und Zunahmen:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1891	277 659	1902	793 606
1892	237 049	1903	887 898
1893	223 530	1904	1 052 108
1894	246 494	1905	1 344 803
1895	259 175	1906	1 689 709
1896	239 230	1907	1 865 506
1897	412 350	1908	1 831 731
1898	493 742	1909	1 832 667
1899	580 473	1910	2 017 298
1900	680 427	1911	2 320 986
1901	677 510	1912	2 530 390

Nach der Höhe der Mitgliederzahl geordnet, hatten im Jahresdurchschnitt des Jahres 1912 Mitglieder:

Metallarbeiter 535 903, Bauarbeiter 335 560, Transportarbeiter 215 948, Fabrikarbeiter 205 026, Holzarbeiter 192 645, Textilarbeiter 140 217, Bergarbeiter 117 875, Buchdrucker 66 673, Zimmerer 61 872, Maler 51 621, Gemeinbedienter 50 068, Friseur- und Mühlenarbeiter 49 834, Schneider 49 533, Schuhmacher 46 227, Tabakarbeiter 36 269, Buchbinder 32 374, Steinarbeiter 29 410, Päder und Kondiktoren 28 525, Maschinisten 25 761, Glasarbeiter 19 001, Handlungsgehilfen 17 485, Lithographen 16 760, Porzellanarbeiter 16 575, Gastwirtsgehilfen 16 183, Buchdruckerhilfsarbeiter 15 751, Lederarbeiter 15 248, Sattler und Portefeuliers 14 166, Schmiede 12 874, Töpfer 12 057, Steinseher 10 939, Sutmacher 10 561, Tapezierer 10 434, Dachdecker 8636, Wälder 8518, Bureauangestellten 7253, Gärtner 6950, Fleischer 6172, Kupferindustrie 6234, Glaser 4670, Mürschner 3840, Bildhauer 3777, Schiffszimmerer 3685, Lagerhalter 2935, Feiseure 2532, Zivilmusiker 2008, Zigarrensortierer 1565, Asphaltreue 1249, Blumenarbeiter 1168, Notenseher 445, Anlagener 428. Die Landarbeiter zählten im Jahresdurchschnitt 17 023, die Hausangestellten 5749 Mitglieder.

Nach Industriegruppen geordnet, zählten am Jahreschlusse 1912 die Gewerkschaften im Bergbau 114 062 (1911: 120 136), in der Industrie der Steine und Erden 76 783 (74 474), in der Maschinen- und Metallindustrie 696 539 (564 319), in der Textilindustrie 142 624 (134 426), in der chemischen Industrie (Fabrikarbeiter) 207 597 (180 443), in der Papier- und Lederindustrie 70 041 (69 376), in der Holzindustrie 213 761 (199 836), in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 124 513 (118 030), in der



Bekleidungsindustrie 114 132 (111 727), in den Graphischen Gewerben 100 345 (99 727), im Baugewerbe 463 375 (431 697), in Handel und Verkehr 247 518 (213 495), im Gastwirtschaftsgewerbe 16 642 (13 918), im Gartenbau 65 58 (62 31), in der Landwirtschaft 18 157 (15 696), in häuslichen Diensten 5554 (5751) und in sonstigen Berufen (Bureauangestellte, Gemeindegewerkschafter, Musiker) 60 781 (55 883).

Die Organisation der gewerblich tätigen Mädchen und Frauen bewegt sich ebenfalls in ständig aufsteigender Richtung. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der gewerkschaftlichen Zentralverbände ist von 191 332 im Jahresdurchschnitt von 1911 auf 216 462 im Berichtsjahre gestiegen. Von je 100 Mitgliedern der Gewerkschaften waren 1911: 8,2, 1912: 8,6 Proz. weiblichen Geschlechts. In den beiden Verbänden der Hausangestellten und Landarbeiter kommen 6733 und 609, zusammen 6317 weibliche Mitglieder hinzu, so daß sich die Gesamtzahl der weiblichen Organisierten auf 222 809 beläuft. Am Jahreschlusse war die Zahl auf 228 670 gestiegen. Aus den nachstehenden Jahresdurchschnittsziffern läßt sich das Anwachsen der Arbeiterinnenorganisationen seit 1892 verfolgen.

Jahr	Gesamte Mitglieder	Weibliche Mitglieder	in Proz.
1892	237 094	4 355	1,8
1896	329 230	15 285	4,6
1900	640 427	22 844	3,6
1906	1 344 803	74 411	5,7
1908	1 689 709	118 908	7,1
1907	1 856 506	188 929	7,5
1908	1 831 731	198 443	7,6
1909	1 832 687	193 848	7,3
1910	2 017 298	181 512	8,0
1911	2 320 986	191 832	8,2
1912	2 530 390	216 462	8,6

Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu rechnen hat, ist dieser wachsende Erfolg sicherlich sehr zu schätzen. Aber die Zunahme der Frauenarbeit in Handel, Industrie und Gewerbe in eine so gewaltige, daß noch immer viel zu tun bleibt, um die Arbeiterinnenorganisation auf die Höhe zu bringen, die die Organisation der männlichen Arbeiter erreicht hat. Waren doch bei der Berufszählung des Jahres 1907 nicht weniger als 17,2 Proz. der erwerbstätigen industriellen Lohnarbeiter weiblichen Geschlechts und im Handel und Verkehr stieg das Verhältnis sogar auf 32,0 Proz.

In den einzelnen Verbänden wurden an weiblichen Mitgliedern gezählt: Textilarbeiter 53 363, Metallarbeiter 26 848, Fabrikarbeiter 25 116, Tabakarbeiter 17 018, Buchbinder 15 979, Handlungsgehilfen

10 810, Schneider 10 486, Schuhmacher 8900, Buchdruckereihilfsarbeiter 8750, Transportarbeiter 7734, Holzarbeiter 6884, Futtmacher 4980, Bäcker und Konditoren 4574, Porzellanarbeiter 3329, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1436, Gemeindegewerkschafter 1371, Lederarbeiter 1269, Kürschner 1221, Gastwirtschaftsgehilfen 1157, Sattler und Portefeuilier 1083, Glasarbeiter 1000, Blumenarbeiter 648, Zigarrenfortierer 481, Bureauangestellten 254, Fleischer 252, Steinarbeiter 195, Lagerhalter 163, Tapezierer 150, Maler 44, Gärtner 27, Friseur 2.

### Der freie Sonnabendnachmittag in der Schweiz.

Ein interessantes Experiment hat soeben der Schweizerische Holzarbeiterverband gewagt, dessen Resultat auch für die Gewerkschafter außerhalb der Schweiz sehr lehrreich ist. Es wird uns darüber aus Zürich geschrieben:

„In der „Schweizerischen Holzarbeiterzeitung“ war eine ausgedehnte Debatte über Wert oder Unwert des freien Sonnabendnachmittags entbrannt, die zu lösen der Zentralvorstand zu einem Radikalmittel griff. Er unterbreitete den Mitgliedern folgende drei Fragen zur Urabstimmung:

1. Sollen wir den freien Sonnabendnachmittag fordern?
2. Sollen Lohnbewegungen, die die Forderung des freien Sonnabendnachmittags enthalten, vom Verbandsvorstand genehmigt werden?

3. Sollen wir das eventuelle Angebot des freien Sonnabendnachmittags bei Unterhandlungen akzeptieren, wenn keine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit dadurch entsteht?

Kurz vorher hatte das Blatt das Vorgehen anderer Gewerkschaften, die eifrig für den freien Sonnabendnachmittag Propaganda zu machen schienen, als im höchsten Grade ungewerkschaftlich, als schädlich usw. bezeichnet. Denn bei manchen Sektionen der Holzarbeiter hatte bereits infolge der Tatsache, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit wegen der Rückständigkeit kleinerer Orte vorläufig nicht mehr erreichbar schien, eine Bewegung zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit eingesetzt. Das aber steht im Widerspruch zu den Beschlüssen der gewerkschaftlichen Internationalen, die die Verkürzung der täglichen, nicht der wöchentlichen Arbeitszeit fordert. Einzig die Züricher Holzarbeiter haben seit einigen Monaten den freien Sonnabendnachmittag erkämpft, ohne anderes dafür in Kauf geben zu müssen, haben ihn neben dem Neunstundentag errungen.

Das Resultat der Abstimmung war nun, daß von 74 Sektionen, die die Fragen beantworteten, 61 die Frage 1 verneinten. Die

### Die Bedeutung der Entwicklungstheorie für unsere Naturanschauung.\*

Jeder, der sich einmal vorgenommen hat, das Leben der heutigen Kulturvölker in allen seinen verwinkelten Ausprägungen mit dem Leben derselben Völker in der „guten alten Zeit“, etwa im Mittelalter zu vergleichen, der findet bald den gewaltigen Unterschied in der ganzen Lebensführung. In erster Linie fällt naturgemäß der Unterschied in der sogenannten materiellen Kultur auf. Die Art und Weise, wie die modernen Menschen die Waren produzieren, verteilen und verbrauchen, die gesamte Verfassung des wirtschaftlichen Lebens ist grundverschieden von der mittelalterlichen. In zweiter Linie kommt dann die Umwälzung in der staatlichen Organisation, im politischen Leben der Nationen. Und erst an dritter Stelle wird wohl auch der Umwälzungen im rein geistigen Gebiet gedacht werden. Diese Reihenfolge entspricht ganz den Bedingungen des wirklichen Lebens und dem wirklichen Stande der gesamten Kultur. Es ist nicht ein Zufall, daß wir bei der Aufzählung der verschiedenen Ausprägungen des Fortschritts zuerst an den wirtschaftlichen, dann an den politischen und zuletzt an den geistigen Fortschritt denken. Lange bevor der moderne Mensch reif geworden ist, um seine politischen Rechte aktiv zu verteidigen, wird er gezwungen, den Fortschritt in der Ausbildung der Produktions- und Verkehrsmittel „mitzumachen“. Und wenn er schon so weit ist, um das politische Leben seiner Zeit mitzuerleben, um in Wort und Tat für die Rechte seiner Persönlichkeit, seiner Partei und Klasse einzutreten, so fehlt es ihm noch lange an Ruhe, um sich in Besitz der Produkte der geistigen Kultur zu setzen.

\* Aus „Entwicklungstheorie“ (Darwins Lehre), gemeinverständlich dargestellt von Dr. S. Schulz, Privatdozent für Allgemeine Biologie an der Universität Zürich. Mit 49 Abbildungen im Text. VIII und 312 Seiten. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk. (Verlag von J. F. B. Metz Nachf. in Stuttgart.)

So kommt es, daß viele sich noch lange nicht klar genug vorstellen, welche tiefe Kluft das Denken des modernen Menschen von dem Denken des mittelalterlichen trennt. Und doch ist der Unterschied hier nicht geringer als im Gebiet des technischen und politischen Lebens. Will man kurz ausdrücken, worin der moderne Mensch dem mittelalterlichen „über“ ist, so kann man sagen: der mittelalterliche Mensch kann weder die Welt, in der er lebte, noch sich selbst; der moderne Mensch hat das Weltall und den Menschen, also sich selbst erkannt. Sind doch das die beiden Hauptpunkte, die beiden Pole, um die sich das Denken und Ströbeln des Menschen von jeher gedreht hat: das Weltall und die Stellung des Menschen in demselben. Der hochgelehrte Züricher Stadtpfarrer Johann Jakob Scheuchzer schrieb noch im Jahre 1710 in seiner „Physica“, wenn man bedenke, wie wenig Licht die Sterne in mondloser Nacht spenden, so steigen Zweifel an ihrer Bestimmung, dem Menschen die Nächte zu erleuchten, auf. Welche bösen Erfahrungen auf dem nächtlichen Heimgang in den dunklen und trümmigen Gassen seiner heimatlichen Stadt müssen den gelehrten und frommen Mann auf diesen kehrerischen Gedanken geführt haben! Heute lächelt schon ein Schulbub über solche Aeußerungen. Dem modernen Menschen ist die Erde nicht mehr der Mittelpunkt der Welt, die Gestirne nicht mehr die ihm zum Dienste angewiesenen Leuchten. Wie ist es dazu gekommen? Kurz gesagt, durch die mit dem Fortschritt der Wissenschaft unabweisbar eintretende gewaltige Erweiterung des geistigen Gesichtskreises nach Raum und Zeit.

Der einzelne erlebt noch heute diese gewaltige Umwälzung an sich selbst, wenn er, von reinem Wissensdrang getrieben, sich in das Studium der Welt und der Menschheit vertieft. Wo ist der, welcher, durch Schilderung fremder Länder und Völker begeistert, sich nicht danach sehnte, diese ganze bunte Pracht der wirklichen Welt mit eigenen Augen zu schauen? Von der nächsten Umgebung schweift der geistige Blick in weite Fernen, zu den palmenumkränzten Gestaden der Südsee und ihrer zauberhaften Inselwelt. Feuerpeinende Berge und reißende Ströme, undurchdringliches

Frage 2 wurde mit 58 gegen 14 ebenfalls verneint, hingegen Frage 3 mit 48 gegen 24 bejaht.

Diese Abstimmung ist ein Sieg der Parole: Nur der Achtstundentag gilt uns als Forderung, nur dem Achtstundentag gilt unser Kampf! Alle Vorkämpfer auf den freien Sonnabendnachmittag, der ganz gewiß seine guten Seiten hat, hat die Holzarbeiter nicht beitreten können, an der einmal eingeschlagenen Richtung festzuhalten. Ganz klar geht auch aus der Antwortung der Frage 2 hervor, daß die große Mehrheit des Verbandes zuerst den Neunstundentag errungen haben will, ehe sie für den Sonnabendnachmittag zu kämpfen geneigt ist. Das ist insofern von großer Bedeutung, als die Macher des neuen Arbeitsgesetzes den Unternehmern die zehneinhalbstündige Arbeitszeit für den Fall scharten wollen, daß sie den Sonnabendnachmittag freigeben! Die Abstimmung lehrt, daß die Arbeiter für derartige „Geschenke“ nie und nimmer zu haben sind. Nicht einmal mehr in der Schweiz, wo die Arbeiter hinter den Errungenschaften anderer Länder so weit zurück sind.

Bei dieser Gelegenheit ist ein Blick auf die Erfolge der Arbeiter in bezug auf den freien Sonnabendnachmittag ebenfalls interessant. Nach der neuesten Betriebsabrechnung haben von den dem Arbeitsgesetz unterstellten 328 571 Arbeitern rund 70 000 (ca. 21,5 Prozent) den freien Sonnabendnachmittag, wovon fast die Hälfte im Kanton Zürich wohnt. Von den verschiedenen Industriezweigen partizipieren daran die Textilindustrie mit ca. 27 000 Arbeitern, die Nahrungsmittelindustrie mit 5400, die chemische Industrie mit 1200, das graphische Gewerbe mit 950, die Holzarbeiter mit 4000, die Metallarbeiter mit 28 000, die Uhrmacherei mit 2400 und die Erdarbeiter usw. mit 550 Arbeitern. Wie viele Kaufleute und Bankangestellte, die seit 1909 zum großen Teil den freien Nachmittage haben, sich dieser Errungenschaft erfreuen, ist bisher nicht festzustellen.

Allerdings bedeutet das für die 70 000 nicht eine Errungenschaft! In sehr vielen Fällen verdankt man den freien Nachmittage den Unternehmern. So wie Sulzer Ziegler in Winterthur für seine 3000 Arbeiter den freien Nachmittage eingeführt hat, so auch viele andere Unternehmer. Speziell schweizerische Verhältnisse haben dabei eine große Rolle gespielt: Der stimmberechtigte Schweizer Bürger hat an ca. 12 bis 14 von den 52 Sonntagen des Jahres sein Wahl- und Stimmrecht auszuüben, hat Vertreter für Stadtrat, Kantonsrat, Nationalrat, Kantonsrat, Schulrat usw., hat Geschworene, Schöffen, Richter, Pfarrer, Lehrer, Bezirksamtsräte, Kirchenpfleger, Ständeräte, Friedensrichter, Regierungsräte usw. usw. zu wählen, hat über kantonale und eid-

genössische Gesetze und Vorlagen usw. abzustimmen, — kurzum: er muß an vielen Sonntagen Staatsbürgerpflichten erfüllen. (Nicht überall hat man nämlich wie in Zürich die Einrichtung, wobei der Stimmberechtigte bereits am Sonnabendabend während zweier Stunden seine Stimme abgeben kann.) Der Sonnabendnachmittage ist somit eine Art Äquivalent dafür. Dazu kommen noch weitere Gründe: Tausende von Schweizerbürgern, darunter natürlich auch viele Arbeiter, sind an den Wahlen in den Wahlbüros amtlich tätig und auch die obligatorische Schießpflicht muß der Schweizer Sonnabends oder Sonntags ausüben. Nur so ist das Eintreten der Unternehmer für den Sonnabendnachmittagschluß erklärlich. Dabei haben sie, wie die größten unter ihnen immer wiederholen, durchweg gute Erfahrungen gemacht. Escher, Wäg u. Co., Sulzer Ziegler, die beiden einzigen Firmen, die über 2000 Arbeiter beschäftigen, haben beide den Fabrikinspektoren zur Antwort gegeben, daß sie auch in bezug auf anfangs befürchtete Ausweichungen der Arbeiter keine schlimmen Erfahrungen gemacht hätten. Die Verarbeiteten und die auf dem Lande Wohnenden machen davon guten Gebrauch. Daselbst ist zu sahen von einem großen Teil der Ledigen. Vielfach wird der freie Nachmittage für Sport, Schießübungen und Feuerwehrlübungen usw. benutzt. . . . Für den Geschäftsbetrieb hat der Nachmittage ferner den großen Vorteil, daß sämtliche Reinigungsarbeiten und Reparaturen gemacht werden können, so daß der Sonntag nicht mehr dafür in Anspruch genommen werden muß. Und die Fabrikinspektoren bestätigen durchweg, daß die Produktion trotz des freien Sonnabendnachmittags dieselbe geblieben sei, daß vor allem nirgends eine Einschränkung zu verzeichnen sei.

Viele Arbeiter sind durch den freien Sonnabendnachmittage „Agarier“ geworden, indem sie sich ein Stück Land gepachtet haben, um Gemüse und Blumen zu pflanzen. Andere steigen in die Berge — der Arbeiter Touristenverein „Die Naturfreunde“ hat binnen wenigen Jahren 2200 Mitglieder in der Schweiz gewonnen —, und außerdem sind unsere Feste an den Sonnabendnachmittagen überfüllt. Dadurch wird also der Anteil der Arbeiter an der Kultur etwas gehiebert.

Aber so wertvoll der freie Sonnabendnachmittage auch für die Arbeiter ist: die Abstimmung der Holzarbeiter zeigt, daß sie sich nicht blenden lassen und daß sie ihm zuliebe die Hauptforderung: Verkürzung der Arbeitszeit, nach wie vor in den Vordergrund ihrer Kampfe stellen. Und das ist ein gutes Zeichen gewerkschaftlicher Schulung und gewerkschaftlicher Gesundheit.

R. A.

Dickicht des Urwaldes, farbenprächige Vögel und riesenhafte wilde Tiere, fremdartige Völker mit unbegreiflichen Sitten und Gebräuchen — wo ist der, den nicht ein heimliches Verlangen nach all diesem Reichtum von Gestalten über manches Mißgeschick der harten Wirklichkeit hinweggetaucht hätte! Doch bald wird dem Wissensdurstigen die Erde selbst zu eng. Mit kühnem Flug erhebt sich der Gedanke weit über die Grenzen des irdischen Wohnplatzes, schweift in den weiten Fernen des Weltalls, sieht die ungezählten Sonnen mit ihren stummen Trabanten vorbeiziehen, sieht die weltschwangeren Nebel im unendlichen Raume ihre Flügel ausbreiten.

Das bunte Nebeneinander von Lebensformen der Menschen auf der Erde und von Welten im Raume bleibt dem menschlichen Geiste auf die Dauer unerträglich. Man sucht nach einem Mittel, um aus dieser unerträglichen Lage herauszukommen. Man nimmt seine Zuflucht zur Zeit.

Zweierteilte Arten von wissenschaftlichen Interessen kann man bei den wissenschaftlichen Menschen unterscheiden, mögen es vom Schicksal begünstigte Sonntagskinder bequeter Familien oder für Wissenschaft schwärmende Proletariatskinder sein: die einen ziehen die Naturgeschichte, Erdkunde und Himmelskunde vor, die anderen lehnen sich nach Geschichte. Eigentlich gehört beides zusammen, das eine oder das andere bleibt für sich allein betreiben einseitig und nützt nicht viel. Wer sich dem Studium der Geschichte zuwendet, sieht sich den gegenwärtigen Zuständen und Kämpfen entzündet, sieht sich in die Vergangenheit versetzt. Der heutige Tag knüpft an den gestrigen an, der gestrige spinnt an dem Gewebe, das vorgestern begonnen wurde, weiter. Wie mit dem Raume, so hat es auch hier eigentlich gar kein Ende. Die neuere Geschichte wurzelt in der mittelalterlichen, diese in der alten, nirgends ein scharfer Abfall, nirgends ein unvermittelter Anfang. Hat uns gar der Faden der geschichtlichen Ueberlieferung im Stiche gelassen, so übernimmt die Urgeschichte die Führung. Wo nicht mehr die Chroniken die Quelle der Aufschlüsse über das Leben der weit zurückliegenden

Zeiten bilden, da erzählen uns Toncherben und Eisengeräte, Ueberreste von Festungen und ähnliches von diesem Leben. Bald ist auch kein Eisengerät mehr zu finden, nur noch steinerne Beile, fröhere Pfeilspitzen, rohe Behältnisse, aus riesigen Steinen aufgeführt und meist für die Toten bestimmt, das sind die Zeugnisse des Lebens in den Urzeiten. Bei weiterer Verfolgung gelangt man zu Spuren menschlichen Lebens, das sich offenbar schon unter ganz anderen Naturverhältnissen abgepielt hat als das heutige. Man findet zweifelhafte Beweise dafür, daß der Mensch in Europa zu einer Zeit lebte, da ein großes Stück unseres Erdteils mit mächtigen Eisdichten bedeckt war, die zum größten Teil aus dem hohen Norden, aber auch aus den Gebirgen sich über weite Landstrecken ausgebreitet haben. So hat also nicht nur das Leben des Menschen, sondern auch die Natur selbst mannigfachen Wechsel über sich ergehen lassen. Schreitet man in der Zeit zurück, so gelangt man zu ebenso unumstößlichen Beweisen dafür, daß unser Erdteil einst auch bessere Zeiten gekannt hat. Palmenhaine und immergrüne Eichenwälder boten fremdartigen Tieren eine Zufluchtsstätte, Koralleninseln wurden von einem warmen Meere umspült, in dessen Fluten sich ungezählte Scharen von Rieseneicheln tummelten.

Es befriedigt unseren Geist nur wenig, zu erfahren, daß es solche und wieder andere Lebensformen menschlicher Gesellschaften gibt, daß es solche und daneben wieder andere Weltkörper gibt. Etwas mehr Befriedigung bringt uns die Erkenntnis, daß die einen Zustände der Lebensführung der Völker den anderen vorausgegangen sind, wie die einen Zustände der Erde den anderen. Wer möchte denn beweisen, daß die Steinzeit der Eisenzeit vorausging, daß die Zeit, da in Europa Palmenwälder den Boden schmückten, der grauenwollen Eiszeit vorausgegangen war. Aber das bloße Nacheinander der Erscheinungen gewährt uns doch noch nicht die volle Befriedigung. Denn es fehlt uns der Einblick in die Ursachen der Aufeinanderfolge, ebenso wie die Einsicht in die Notwendigkeit des Bestehens solcher Lebensformen menschlicher Gesellschaften nebeneinander.



### ♦ Notizen für Gasarbeiter ♦

**Frankfurter Gasgesellschaft.** In der diesjährigen Generalversammlung der Frankfurter Gasgesellschaft wurde nach dem Beschlusse des Aufsichtsrates den Aktionären reicher Segen zuteil. 10 Proz. Dividende erhielten die Aktionäre für ihre schwere und anstrengende Beschäftigung des Kupfabstreibens. Manchen Herren in führender Stellung scheint der Ueberschuß noch nicht zu genügen, und bezogeln diese jetzt schon den schönen Spruch: Spare in der Zeit, so hast du in der Not. Sparen ist ja an und für sich ein ganz lobliches Beginnen, wenn es am richtigen Plage geschieht. Aber da hapert es gewöhnlich immer. Meistenteils wird am verkehrtesten Plage gespart - bei der Arbeiterkraft. Rein vom Sparteufel besessen zu sein scheint der Betriebsleiter vom Bodenheimer Werk, Herr Fricke. Im Werk Bodenheim werden schon seit Jahren bei eventuell zu verrichtender Sonntagsarbeit auch ältere Leute herangezogen. Das wurde aber mit einem Male anders, als Herr Fricke bei sich die Entdeckung machte, daß er von Natur aus sehr sparsam sei. Flugs wurde die Entdeckung zur Tat gemacht und Herr Fricke fing gleich bei den alten Arbeitern zu sparen an. Einem alten Arbeiter, der bereits dem Werke 16 lange Jahre treu und redlich gedient hat und auch vordem mit einer längeren Unterbrechung 16 Jahre tätig war, insgesamt also 32 Dienstjahre hatte, eröffnete eines schönen Tages Herr Fricke, daß er seiner zur Sonntagsarbeit nicht mehr bedürfe. Auf die verwunderte Frage des alten Arbeiters, warum er Sonntags nicht mehr arbeiten sollte, ließ sich Herr Fricke gütigst herbei, eine Antwort zu erteilen. Sie sind uns zu alt, Sonntags wird meistens nichts verlangt und diese Arbeit können Sie nicht mehr leisten. Wir bezahlen für die Sonntagsarbeit sechs volle Arbeitsstunden und da müssen wir auch volle Arbeitskräfte verlangen. Auf eine bescheidene Zwischenbemerkung des Arbeiters, daß es doch auch noch andere Arbeit gibt, erklärte Herr Fricke: Nein, nein. Sie sind zu langsam, Sie kommen nicht mehr zur Sonntagsarbeit. So äußerte sich Herr Fricke einem alten Arbeiter gegenüber, der 32 Jahre, wenn auch mit einer längeren Unterbrechung, im Bodenheimer Werke tätig war. Der profitwützigste Kapitalist wird sich keiner schärferen Ausdrucksweise gegenüber einem alten, in Ehren grau gewordenen Arbeiter bedienen können, als wie es hier geschehen ist. Wie schön ist es, wenn immer gesagt wird, das Alter sollt du ehren. Aber das gilt nur für Arbeiter, Herren, die die hohe Schule besucht haben, denen Bildung und bessere Umgangsformen angeboren sind, fragen den Feufel danach. Unbekümmert, ob der Arbeiter alt oder jung ist, Herr Fricke faßelt da nicht lange, der liebe Profit geht über alles. Dabei könnte Herr Fricke, dem Alter nach, der Sohn des Arbeiters sein. So jung an

Jahren ist der Herr Betriebsleiter. Daß eine solche Behandlung alter Arbeiter die übrige Arbeiterschaft empört, ist selbstverständlich. Scham scheint man hier nicht zu kennen, die ist zu den Hunden geflohen. Öffentlich mißt die Direktion Herrn Fricke nicht mit demselben Maße, wie er den Arbeiter gemessen hat; sonst wird es vielleicht auch bei ihm zu dämmern anfangen, was es heißt, alt zu werden. Nach den Anschauungen, denen Herr Fricke huldigt, tut jeder Arbeiter gut, nicht alt zu werden und sorgt beizeiten dafür, daß er stirbt. Wie der alte Arbeiter bei der Frankfurter Gasfabrik behandelt wird, zeigt zur Genüge obiges Vorkommnis. Auch Herr Dr. Droy hat einen ausgeprägten Sinn zur Sparsamkeit. Im Gaswerk Obermainstraße, seit Eröffnung des neuen Gaswerkes im Eithafen wird dort kein Gas mehr gemacht, ist ein Arbeiter schon ein Menschenalter, über 30 Jahre lang, tätig. Solange in dem Werk Obermainstraße noch Gas hergestellt wurde, bekleidete der Arbeiter ungefähr 6 Jahre lang die Stelle eines Vorarbeiters und erhielt dafür pro Tag 20 Pf. mehr an Lohn als die übrigen Arbeiter. Nachdem aber das Werk stillgelegt wurde, kam der Arbeiter in den Hof. Einem Tages ließ den alten Arbeiter der Herr Dr. Droy rufen und setzte ihn nun auseinander, daß er doch kein Vorarbeiter mehr sei und ihm in Zukunft die 20 Pf. abgezogen werden. Die Aktionäre erhalten von der Gesellschaft 10 Proz. Dividende; der Arbeiter hat doch auch sein Teil dazu beigetragen, daß soviel gezahlt wird. Aufsichtsrat usw. erhalten alle eine angemessene Entschädigung, aber dem Arbeiter bei den neueren Zeiten Herrn Dr. Droy nicht fertig. Wieviel mal 20 Pf. könnten gedie 20 Pf. zu beladen, das bringt das kapitalistische Herz des spart werden an dem ungeheuer großen Aufsichtsrat? Der aber wurde ja extra zu dem Zwecke geschaffen, die Arbeiter bei jedem Schritt und Tritt zu beobachten. Das Vorgehen des Dr. Droy läßt die Vermutung aufkommen, daß die alten Arbeiter auf diese Weise aus dem Betrieb entfernt werden sollen und dafür jüngere Leute eintreten, die mit den niederen Anfangslöhnen sich zufrieden geben müssen. Aus den zwei Beispielen können die Gasarbeiter ersehen, was ihnen blüht, wenn sie ein Menschenalter treu und redlich der Gasgesellschaft gedient haben. Diese Vorkommnisse können nicht scharf genug gebrauchmarkt werden. Bei Eröffnung der neuen Gasfabrik schwang sich Herr Droy sen. auf das hohe Pferd der sozialen Fürsorge und erklärte den Stadtvätern mit dem Prunktone der Ueberszeugung: Hier, meine Herren, ist die Ehrentafel, das ist sie ersehen können, wieviel alte Arbeiter bei mir beschäftigt sind und wie gut für sie in ihren alten Tagen gesorgt ist; die Wirklichkeit zeigt aber das Gegenteil von dem. Nach der Danzlungsweise der Herren zu schließen, will man ja gar keine alten Arbeiter mehr haben, die sind zu teuer. Junge Arbeitskräfte sind ausbeutungsfähiger, so lautet der Grundsatz, und nach dem wird

Es gibt aber ein Zauberwort, das dem unbefriedigten Zustand unseres forschenden Geistes ein Ende bereitet und uns zu höherem geistigen Genusse führt. Dieses Zauberwort heißt „Entwicklung“. Das Wort stammt nicht aus Büchern, nicht aus verstaubten Folianten holt man sich die Kenntnis desselben. Rein, das ist unter eigenstem Gut, es steht in unserer Seele geschrieben, noch ehe wir uns bewußt um die Dinge der Welt kümmern. Hat denn nicht jeder schon als Kind das Schwellen der Knospen bewundert, das Hervorsprossen des Keimlings aus den verstreuten Samen, das Heranwachsen zur stattlichen Pflanze, das Entfallen der Blüten und Früchte. Ja, hat denn nicht jeder an sich schon die Entwicklung erlebt? Wie die körperlichen Verhältnisse des Erwachsenen sich erst nach und nach aus dem ursprünglichen Zustand des Kindes heraus entwickelten, so auch die geistigen Fähigkeiten. Jeder kann es mitansehen, wie die Welt der Vorstellungen beim Kinde sich von Tag zu Tag erweitert, wie die Vorstellungen von Gut und Böse, von Recht und Unrecht, von Wahrheit und Irrtum ganz unbemerkt und nur Schritt für Schritt in seine Seele Einzug halten. Wir verstehen den Menschen, wenn wir sein Werden überschauen, wir beherrschen die verwinkelte Gestalt, wenn wir wissen, wie sich immer neue Züge hinzugesellen, um sie zu dem zu machen, was sie ist. Das Kuhlein entwickelt sich aus dem Ei, der Schmetterling aus der Raupe, der Greis aus dem Kinde. Die Entwicklung wird uns zum Schlüssel für das Verständnis der Erscheinungen.

Könnte man das, was man an dem einzelnen Geschöpf wahrnimmt, auf die ganze Welt anwenden? Hat sich auch die Welt, hat sich auch die Menschheit entwickelt? Die Antwort auf diese Fragen verdanken wir einigen hervorragenden Denkern und Forschern der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts. Der deutsche Denker und Dichter Herder geborte zu den ersten, die die Geschichte der Menschheit als einen Entwicklungsengang aufzufassen lehrten. Während noch vor wenigen Jahrhunderten selbst die gelehrtesten und geistreichsten Männer es für angemessen hielten, die Geschichte der Menschheit mit einem Hofuspostus beginnen zu lassen, mit einem

erschaffenen Menschenpaar, das gleich von Anfang an im Besitz der menschlichen Eigenschaften sein sollte, so ist es für die neuere Zeit eine unabwiesbare Forderung der Vernunft geworden, den Menschen mit all seinem materiellen und geistigen Kulturbesitz als etwas ganz allmählich Gewordenes zu betrachten. Von dem ungeschliffenen Steinbeil der älteren Steinzeit bis zu der modernen Rotationsmaschine und von den rohen primitiven Verständigungsmitteln bis zur heutigen drahtlosen Telegraphie; von der Keule des ungeschlachten Eiszeitmenschen bis zur raffinierten Technik des Massenmordes, auf den selbst die von Humanität überquellenden Heuchler der offiziellen internationalen Friedenskonferenzen stolz sein können, das alles ist geworden, es hat sich Schritt für Schritt entwickelt. Aus der mannigfachen Wechselwirkung zwischen den Eigentümlichkeiten des menschlichen Körpers und Geistes auf der einen Seite und den mannigfach sich gestaltenden Lebensbedingungen mit Notwendigkeit hat sich jeder Schritt in jener Entwicklung der Menschheit ergeben. Das ist der leitende Gedanke der Geschichtswissenschaft der Gegenwart. Aus dem Nebeneinander verschiedener Lebensführungen bei den gegenwärtigen Völkern, aus den sonderbaren Ueberresten altertümlicher Sitten und Gebräuche löst sich der Entwicklungsengang unserer eigenen Völkergemeinschaft heraus, verstehen, in seine einzelnen Stufen zerlegen, auf seine notwendigen Vorbedingungen zurückführen.

Sollte es aber gelingen, diese Art der Betrachtung auch auf die ganze Welt anzuwenden? Wiederum sind es einige gemalte Männer des achtzehnten Jahrhunderts, die zu dieser Einsicht die Grundsteine gelegt haben. Der Philosoph Kant, der Astronom Herschel und der Mathematiker Laplace, ferner aus dem neunzehnten Jahrhundert die beiden deutschen Naturforscher Bunsen und Kirchhoff. Diese Männer haben der Menschheit einen Einblick in das Werden der Welten verschafft, wie er großartiger nicht gedacht werden kann. Das Weltall ist uns nicht mehr ein unverständliches Nebeneinander von Nebelmassen, Sternen und Planeten. Wir sehen vor unserem geistigen Auge die unermesslichen Reih

verfahren. Die Gasarbeiter dürfen aber den kapitalistischen Nutznießern die Antwort nicht schuldig bleiben, und die muß lauten: Organisation. Das ist die Zauberformel, die imstande ist, das Volkwerk der Gasgehaltigen über den Däunen zu rennen.

Inngolstadt. Geradezu spartwütig ist seit einiger Zeit der hiesige Gaswerksdirektor geworden. Vor kaum zwei Jahren wurde ein Vorarbeiter zum Arbeiter degradiert, und heute hat dasselbe Schicksal den Nachfolger Bek ereilt. Der Grund dürfte wohl ein anderer sein. Der Direktor soll nämlich gegenüber einem Dritten den Vorarbeiter Bek einen Doppelstier genannt haben, was sich dieser in seiner Eigenschaft als Vorarbeiter und Vorsitzender des christlichen Verbandes in Inngolstadt nicht gefallen ließ und darüber den Herrn Direktor auf ordnungsmäßigem Wege zur Rede stellte. Ein anderer Arbeiter, der in der Gasanstalt drei Jahre gearbeitet hat, wurde entlassen, trotzdem er eine sechsköpfige Familie zu ernähren hat. Tags vorher aber stellte der Direktor einen Arbeiter neu ein. Der Entlassene wandte sich an den christlichen Arbeitervertreter, den Gemeindebevollmächtigten Lautenbacher. Dieser besprach im Kollegium den Entlassungsfall und verlangte die Wiedereinstellung des Arbeiters. Die Herren im Kollegium meinten jedoch in echt scharfmacherischer Weise, das Ein- und Ausstellungsrecht müsse man der Direktion in vollem Umfang überlassen. Lautenbacher gab sich damit zufrieden und sagte dem Arbeiter, er möge sich andere Arbeit suchen, er, Lautenbacher, könne nichts machen. Der Herr Gasdirektor will auch an anderen Stellen sparen. So zieht er den Installateuren die Selber weg und sagte: „Ein Arbeiter kann so viel tun als zwei.“ Die Arbeit des Selters muß durch den Installateur mit erledigt werden. Letzterer bezieht aber einen höheren Stundenlohn als ersterer. Ein Arbeiter setzt ferner noch Leben und Gesundheit aufs Spiel, hauptsächlich bei Hochbrüchen und Erdarbeiten. Es ist eine Reichfertigkeit, bei Vornahme solcher Arbeiten einen Mann allein zu lassen. Hat denn der Herr Direktor die noch glimpflich abgelaufenen Unfälle, z. B. gegenüber dem neuen Fongebäude, schon vergessen? Oder will er die Verantwortung übernehmen, falls nicht alle Unfallverhütungsmaßnahmen getroffen werden? Wir glauben es nicht, er würde sich sonst nicht bei jeder Gelegenheit äußern: „Wem's nicht paßt, der kann gehen.“ Wenn Ersparnisse im Gaswerk unbedingt gemacht werden sollen, so sind wir in der Lage, eine Anzahl von Stellen anzugeben, an denen dies geschehen kann, ohne das Einkommen der Arbeiter noch mehr zu vermindern, oder den Vorn über missglückte Maßnahmen im Betriebe an den Arbeitern auszulassen. Die Arbeiter selbst aber sollen sich einmal auftraffen und derartigen Behandlungen geschlossen entgegen treten. Bringt man das, wie oben gezeigt, in der christlichen Organisation nicht fertig, dann hinein in den freien Gemeindearbeiterverband.

### ♦ Wasserbauarbeiter ♦

Zur Lage der bayerischen Wasserbauarbeiter. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise macht sich auch beim Eingang der Steuern empfindlich bemerkbar. Das hat zur Folge, daß auch der bayerische Staat in einer mühseligen Finanzklemme sitzt und folglich einzusparen sucht, wo es nur irgend geht. Besonders die bayerischen Wasserbauarbeiter müssen sehr darunter leiden. Wohl drei Viertel der gesamten Arbeiter sind entlassen; soweit noch eine größere Anzahl von Arbeitern vorhanden ist, wie das bei der Sektion für Wildbachverbauung in Rosenheim zutrifft, so wird hier schon lange auf Vorstoß gearbeitet. Das Meer der arbeitslosen Privatarbeiter erhofft sich, hier Arbeitsgelegenheit zu finden. Diese Hoffnung muß leider zu Wasser werden, wenn nicht der im Herbst zusammen tretende Landtag schnellstens größere Mittel flüssig macht, damit einerseits die bereits verausgabten Vorstöße gedeckt werden können und andererseits für die weitere Fortsetzung der Arbeiten die Mittel zur Verfügung stehen. Bei dieser Sachlage müssen auch die Arbeiter der einzelnen Straßen- und Flugbauämter, wie auch die Wildbachverbauung Rosenheim im Schaden leiden. Vor allem werden die Entfernungszulagen eingesparrt, wo es nur irgend möglich ist. Gerade bezüglich der Entfernungszulagen liegen von jeder die Verhältnisse sehr mißlich, denn die Arbeiter haben absolut gar keine Bestimmungen, woran sie sich halten können. Die Staatsbauverwaltung begnügte sich damit, den einzelnen Amtsbezirken die Gewährung von Fall zu Fall zu überlassen. Das soll nun freilich in nächster Zeit Aenderung finden; Herr Ministerialrat Kuttmann hat zwar schon das Erscheinen der Arbeitsordnung, in der endlich die Frage der Entfernungszulagen generell geregelt sein soll, für Ende Mai angekündigt. Bislang ist diese Arbeitsordnung jedoch noch nicht erschienen; der Regierungsvergütungsplan scheint nicht nur sehr langsam zu gehen, sondern auch noch trumm und lahm geworden zu sein. Immerhin wurde auf neue Reklamation zugesichert, daß die Wasserbauarbeiter noch vor dem Zusammentritt des Landtages die neue Arbeitsordnung erhalten sollen. Bis dahin soll es bei der bisherigen Übung auch bezüglich der Entfernungszulagen verbleiben. Es wäre demnach auch die Sektion für Wildbachverbauung Rosenheim in der Lage, ihren Arbeitern die fällige Entfernungszulage zu gewähren. Wenn Arbeiter Wege von ein bis zwei Stunden zurückzulegen haben und dabei größtenteils bergan steigen müssen, wie das in Benediktbeuern, Tegernice und Kottachstein zutrifft, so würden sie sich wohl 40 Pf. Zulage verdienen. Das um so mehr, als man früher in dieser Richtung doch noch etwas weitergegriffen war. Die Sektion hat zwar an einzelnen Arbeitsplätzen Schlafgelegenheit (sog. Winterstuben) errichten lassen, allein diese sind in der Regel zu klein, um für alle Arbeiter Schlafgelegenheit zu bieten. Im übrigen wird auch die Lebenshaltung immer noch teurer dadurch, daß der Mann die ganze Woche nicht

sich zu dichten Massen zusammenballen, wir sehen aus ihnen Weltkörper von der Art unserer Sonne entstehen. Diese senden ihr eigenes Licht aus, Licht von verschiedener Farbe, je nach dem Grade ihrer Abkühlung, je nach der Temperatur, die man von manchen von ihnen mit überraschender Genauigkeit anzugeben imstande ist. Doch die Abkühlung schreitet unaufhaltsam fort, die unvermeidliche Folge ist die Bildung einer festen Kruste. Wasser kann sich in flüssigem Zustand niederschlagen, Neiländer und Meere zieren nun das Antlitz des Weltkörpers. Es kommt aber eine Zeit, wo das Wasser und selbst die Lufthülle wieder aufgesogen werden, der Weltkörper zeigt unverkennbare Züge des Alters; endlich kommt der letzte Schlag: der Weltkörper zerfällt in Stücke, die nun fortfahren, sich im Weltraum herumzutreiben, bis sie auf ihren Wanderungen in den Bereich der Anziehung durch einen noch lebensfrischeren größeren Weltkörper geraten und nun in Gestalt von Sternschnuppen oder Meteorsteinen auf die Oberfläche des jüngeren Weltkörpers herunterregnen. Aus dem unverständlichen Nebeneinander der verschiedenen Zustände der Weltkörper ist jetzt ein großartiges Bild der Entwicklung der Weltkörper geworden. Die einzelnen Weltkörper, die Sterne, die Sonne, die Erde, der Mond, sie alle sind für uns nur Beispiele für das eine oder das andere Stadium dieses großen Weltbildungsprozesses. Wir verstehen sie als die notwendigen Glieder in einer Kette von Naturvorgängen, die sich abspielen müssen, wenn einmal der Anfang gemacht wurde.

Haben wir das alles eingesehen, so eröffnet sich vor unserem geistigen Blicke eine unheimlich klaffende Lücke. Auf der einen Seite ist die anthropologische Entwicklung, die allmähliche Gestaltung der Lebensverhältnisse des Menschen, eine anerkannte Sache. Auf der anderen Seite ist die kosmologische Entwicklung, die Entwicklung vom Nebelfleck bis zum Planeten und bis zum Meteorstaub ebenso anerkannt. Aber dazwischen! Soll da eine unerforschte und unerforschliche Leere bestehen bleiben? Hat uns der Sternkundige bis zur Bildung des Planeten, bis zur Entstehung der Wohnstätte für Lebewesen geführt, um uns hier in diesem ent-

schendenden Augenblick wieder auf den alten Hofuspokus zu verweisen? Wo der Sternkundige uns verläßt, da kann der Archäologe, der Urgeschichtsforscher noch nicht die Führung übernehmen. Der Mensch gehört zur Tierwelt, das weiß jeder aus der Schule. Die Tierwelt steht mit der Pflanzenwelt in mannigfachen Beziehungen, die Tierwelt ist ohne Pflanzenwelt undenkbar. Wenn in der Sternwelt alles auf ein von selten Befehlen geregeltes Werden hinweist, wenn die verschiedenen Stufen in der Lebensführung des Menschen ebenfalls nur als Etappen auf dem langen Wege seiner Entwicklung sich darstellen, wie soll die Lücke zwischen dem Erkalten des Planeten und dem Erscheinen des Menschen dem Zufall überlassen werden? Unser Bedürfnis, die Erscheinungen in ihrem Zusammenhang zu erkennen, läßt uns hier nicht ruhen, ehe wir auch für dieses Stück des Weltprozesses die Lösung gefunden haben. Es kann nicht anders sein, auch die ganze Lebewelt und der Mensch als Glied derselben ist nicht unvermittelt und in fertiger Form aufgetreten, auch die gesamte Lebewelt hat ihre Entwicklung, ihre Geschichte gehabt. Dieser Gedanke nistete sich schon in den Gehirnen der Denker aus dem achtzehnten Jahrhundert ein. Doch dauerte es lange, bis er die klare Form eines zwingenden Beweises angenommen hat, dem sich kein denkender Mensch entschlagen kann. Das Durchdringen, die vollständige Anerkennung dieses Gedankens gehört ganz dem neunzehnten Jahrhundert an. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts erst hat sich dieser Gedanke derart eingebürgert, daß er heute die Grundlage für die gesamten Betrachtungen über die belebte Natur bildet. Die heutige Wissenschaft von den Lebewesen — Biologie nennt man sie — steht ganz und gar im Zeichen der Entwicklungslehre.

Daß dies so geworden ist, das verdankt die Menschheit fast ausschließlich einem Manne, dessen hellsehender Geist in dieser so schwierigen Frage der Mittel und der Nachwelt die Bahn ersleuchtete. Dieser Mann war Charles Darwin.



nach Hause kommt. Als Vorbild sei hier auf einzelne staatliche Forstämter verwiesen, die den Arbeitern, welche draußen nächtigen, eine besondere Zulage von 20 Pf. bezahlen. Dies in Rücksicht darauf, weil solche Arbeiter frisch ausgeruht zur Arbeit kommen, während jene Arbeiter, die schon den weiten Weg hinter sich haben, zu dessen Zurücklegung doch ziemlich Energie aufwenden müssen. Früher hat sogar die Sektion Rosenheim die Entfernungszulagen an solchen Arbeitsstellen gewährt, wo Schlafgelegenheit vorhanden war. Es wäre deshalb wohl am Platze, wenn Herr Raurat Werke die frühere Praxis wieder gelten ließe. Die Arbeitsstellen der bei der Sektion Rosenheim beschäftigten Wasserbauarbeiter liegen meist im Vorgebirge; dort ist die Lebenshaltung jedenfalls teurer als im Flachlande. Eine unerwünschte Folge des Touristenverkehrs. Der bayerische Landtag hat zwar eine Aufbesserung der Wasserbauarbeiter pro 1913 in Aussicht gestellt, doch die Ausführung der Regierung überlassen. Von Seiten der Regierung würden nun die Vorstände der Ämter angewiesen, den beim Unterhalt bestehenden Anlagen beschäftigten Wasserbauarbeitern eine Lohnzulage von 20 Pf. zu zahlen; bezüglich der bei Neubauten — und da sind die meisten Wasserbauarbeiter — beschäftigten Arbeiter wurde angeordnet, daß eine Aufbesserung bis zu 20 Pf. wohl gewährt werden könne, doch solle das nur geschehen, soweit sich hierzu ein Bedürfnis ergibt. Diese Bestimmung hat nun die Sektion Rosenheim dazu benutzt, an einzelnen Arbeitsplätzen, wie z. B. in Benediktbeuren, einzelne Arbeiter mit weniger abzufinden. Bereits am 1. April 1912 wurden die einschlägigen Arbeiter um 10 Pf. aufgebessert, bei welcher Gelegenheit allerdings erklärt wurde, daß dieser Betrag bei einer nur durch den Landtag zu bewilligenden allgemeinen Aufbesserung wieder in Abzug gebracht werden solle. Einzelne Arbeiter erhielten aber diese 10 Pf. nicht, belamen aber am 1. Januar 1913 auch nur 10 Pf., so daß sie zu Schaden kamen. Da sonst ausnahmslos um 20 Pf. aufgebessert wurde, so wäre das wohl auf die paar Arbeiter auch nicht mehr zusammengegangen. Auf Grund wiederholter Vorstellungen ließ sich die Sektion Rosenheim im Frühjahr 1912 zu dem Geständnis herbei, daß für die Wasserbauarbeiter ein Grundlohn festgesetzt werden soll, der alle Jahre am 1. April um 10 Pf. bis zur zehnmaligen Wiederholung zu erhöhen ist. Das war ja eigentlich auch der Grund, weshalb schon am 1. April 1912 eine Aufbesserung von 10 Pf. gegeben wurde. Nachher scheint dem Amtsvorstand dieses Zugeständnis wieder leid geworden zu sein; man bestritt unter allen Umständen, etwas Derartiges zugesagt zu haben. Allein sämtliche Mitglieder des Arbeiterausschusses, wie auch die Verbandsleitung wissen genau, daß dieses Zugeständnis gemacht wurde. Wenn das nun bestritten wird, so ist das ein Beweis dafür, daß es auch für Staatsbetriebe gut wäre, die jeweiligen Lohnsätze schriftlich, das heißt tariflich festzulegen. Nunmehr erklärt man in Rosenheim, daß man wohl mit dieser Lohnregelung einverstanden gewesen wäre, aber die Regierung hätte die Zustimmung hierzu verweigert. Inwiefern liegt hier noch ein dunkler Punkt, der jedenfalls im Landtag wird aufgeklärt werden müssen. Verschiedene Versammlungen in letzter Zeit, so in Mibling, Gmund, Wendtshausen beschäftigten sich mit dieser Angelegenheit. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Finanzverhältnisse des Staates zu nennenden übrig lassen, so können doch die Arbeiter nicht darunter leiden. Vor allem wäre es auch Sache der bei den Korrekturen beteiligten Gemeinden, ihre Zuschüsse regelmäßiger und pünktlicher abzuführen, als es der Fall ist. Die Sektion hat in Aussicht gestellt, daß noch weitere Arbeiter entlassen werden sollen. Schon aus diesem Grunde ist es notwendig, daß schnellstens Mittel beschafft werden.

**• Aus unserer Bewegung •**

**Darmstadt.** Unsere Mitgliederversammlung fand am 23. August statt. In dem Bericht über die Gantouferung hob der Berichtserstatter, Kollege T p a l l a, die günstige Entwicklung des Ganzen Rannheim hervor. Das gleiche trifft auch für die Filiale Darmstadt zu, wo bei etwa 500 händlerischen Arbeitern 300, also 60 Proz. unserem Verbands angehören. Den Martellbericht erstattete Kollege K o l l r a t h. In der nächsten Versammlung wird die Einteilung für die vorzunehmende Kauassociation getroffen. Das Erscheinen aller Kollegen ist deshalb notwendig.

**Freiburg i. S.** Die Mitgliederversammlung vom 20. August war gut besucht. Kollege F r e i s t e r referierte über: „Geschichtliche Betrachtungen über die Arbeitseier.“ Im Martellbericht wurde bekanntgegeben, daß das Gewerkschaftskartell in diesem Winter mehrere Bildungskurse abhält. Zur Teilnahme am Kurse über Wirtschaftspraxis wurden vier Kollegen bestimmt. Die entbehrlichen Kosten trägt die Filialkassa. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde die Abrechnung vom Stiftungsfest bekanntgegeben. Es verblieb ein Ueberdruß von 1945 Mk. Es wurde ferner beschlossen, das Filialkassenvermögen bei der Sparkasse des Konsumvereins „Vorwärts“ anzulegen. Dem am 2. September hier stattfindenden Normalkommunismus gegenüber wurde die Rolle ausgegeben: Taten zu! Zum Schluß wurde noch angefordert, das Bürgerrecht zu erwerben, weil das für die städtischen Arbeiter notwendig sei.

**Leipzig.** Die Straßenreinerer nahmen am 23. August in ihrer Versammlung den Bericht des Arbeiterausschusses entgegen, aus dem hervorging, daß elf Sitzungen abgehalten wurden, in denen in der Hauptsache Lohnforderungen vertreten werden mußten. Besonders die neue Lohnordnung mit ihrer Einreisungspraxis beanspruchte die Tätigkeit des Arbeiterausschusses in erhöhtem Maße. Die Bezahlung von Ueberstunden, eventuell Feiertagsarbeit wird hier recht eigenartig gehandhabt. Während in Privatbetrieben allenthalben der Grundsatz bei Berechnung von Ueberstunden usw. der ist, daß die Zeit, die über die regelmäßige Arbeits- oder Schichtzeit hinausgeht, als Ueberarbeit angesehen und mit prozentualem Zuschlag bezahlt wird, macht der Rat die wohlflößliche Ausnahme, die prozentuale Bezahlung davon abhängig zu machen, ob die betreffende Arbeit eine „außergewöhnliche“ ist. Was außergewöhnlich ist, entscheidet der Rat. Diese Anwendungsmethode zeigte sich für die Arbeiter besonders bei den Arbeiten auf dem Ausstellungsgelände, wie auch auf dem Deutschen Turnfest ungünstig und hat im letzteren Falle einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Die Arbeiter nämlich, die tagsüber für die Reinigung auf dem Turnplätze aufzukommen hatten, haben, obwohl die Arbeitszeit sich recht lange ausdehnte, von früh 4 bis abends 8 und 10 Uhr, für diese Ueberstunden keinen Zuschlag erhalten. Die Nichtbezahlung wurde auch hier damit motiviert, daß diese Arbeit keine „außergewöhnliche“ war. Wenn diese Praxis so weiter gehandhabt wird, gibt es für die Straßenreinerer nach Ansicht des Rates überhaupt keine „außergewöhnliche“ Arbeit und der Passus über die prozentuale Bezahlung der Ueberstunden nimmt sich im Arbeiterbuch wohl für den Rat gut aus, hat aber für die Arbeiter keinen praktischen Nutzen. Auch bei der Regelung der Arbeitszeit hat der Arbeiterausschuss verjücht, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. So z. B. am Himmelfahrtstage bei den Arbeiten auf dem Ausstellungsgelände. Das ist ihm aber vom Stadtbaurat Peters übel bemerkt worden, indem ihm nach Herrenmanier auf seine Vorstellung die Antwort nicht getade freundlich ins Ohr klang: „Das bestimmen wir und lassen uns vom Arbeiterausschuss keine Vorschriften machen.“ Anders klang es jedoch am 11. Dezember 1912 bei Besprechung der Nachregelung eines Ausschussmitgliedes im Stadtverordneten-Kollegium aus dem Munde des Herrn Bürgermeisters Roth, der also seine Ansicht zum besten gab: „Wir müssen uns aber dagegen verwahren, daß die betreffenden Herren, solange sie als Arbeiterausschussmitglieder im Betriebe tätig sind, schweigen und nachher in allgemeinen Versammlungen entweder selbst gegen den Rat Angriffe richten oder derartige ungerechtfertigte Angriffe dulden.“ Diese Behandlung aber, wie oben gekennzeichnet, ist das direkte Gegenstück zu dem Ausspruch des Bürgermeisters Roth, indem der Arbeiterausschuss diesen Ausspruch befolgen wollte, dafür aber abgekrüfft wurde. Die städtischen Straßenreinerer werden in Zukunft durch eine straffe Organisation dafür zu sorgen haben, daß sich derartiges nicht wiederholt.

**Schweinfurt.** In gut besuchter Versammlung referierte am 24. August Kollege H o l k e - K ü r n b e r g über: „Die Pensionsverhältnisse der städtischen Arbeiter und deren Hinterbliebenen.“ Referent schilderte die Pensionsverhältnisse in den verschiedenen Städten. Im ganzen kommen 131 Städte in Betracht, die diese Einrichtung für ihre Arbeiter geschaffen haben. H o l k e empfahl den Kollegen die Satzungen der Stadt Bamberg, noch besser seien aber die Satzungen der Stadt Paderborn. Letztere befinden sich zwar noch bei der Regierung, es sei aber zu erwarten, daß auch sie die Genehmigung erhalten. Landtagsabg. S ä d l e r wies dann darauf hin, daß Schweinfurt mit seinen über 5000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nur 1400 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und etwas über 1300 Abonnenen der Parteipresse zähle. Das sei nicht erquicklich. Unter den Außenstehenden befinden sich auch viele Gemeindeglieder. Sie mögen bedenken, daß nur die sozialdemokratische Partei und die Arbeiterpresse ihre Interessen vertreten und daher allen Anlaß haben, dieser Partei beizutreten und ihre Zeitung zu lesen. Von einem Kollegen wurde das Denunziantenwesen scharf kritisiert. Er verlangte, daß die Gemeindeglieder samt und sonders unserem Verband beitreten. Besonders in der Stadtgärtnerei gibt es noch viele Unorganisierte.

**• Internationale Rundschau •**

**Belgien.** Unsere belgischen Kollegen haben nach Umwandlung ihrer Lokalvereine in einen Zentralverband recht gute Fortschritte gemacht. Dem Zentralverband sind zurzeit angeschlossen die Arbeiter aus Anderwerpen, Gent, Louvain und Seraing. Richtig ist, obwohl es angehängt war, durch lokalen anarchoindischen Einfluß wieder ausgetreten. Die Zentrale hat 1912 eine Zunahme von 1039 Mitgliedern zu verzeichnen, so daß der Verband jetzt 3539 Mitglieder zählt. Die Präfektur Arbeiterschaft hat großartige Erfolge zu verzeichnen, die dank der Mitarbeit des Verbandes und der sozialistischen Abgeordneten erreicht wurden. Erwähnen wir aus der langen Liste der verwirklichten Verbesserungen nur den Achtstundentag für die Gasarbeiter in Brüssel; die

Unterdrückung der Stückerarbeit; die Verbesserung des Rechnungssystems für die ganze Arbeiterschaft; die Pension von mindestens 120 Mk. täglich; nicht zu vergessen den erlangten Sieg bei der Continental Gasgesellschaft, die, trotz aller Verträge, dem Personal einen niedrigeren Lohn zahlte, als der Tarif vorschrieb. Ferner wurde die Errichtung eines paritätischen Schiedsgerichtes durchgeführt, das den Launen, Schikanen und Mißbräuden der großen und kleinen Chefs eine Schranke setzte. — Am 20. und 21. Juli tagte in Gent der 2. Verbandstag unserer belgischen Bruderorganisation. Augenblicklich zahlen solche Sektionen, welche auf Streikunterstützung Anspruch machen, pro Mitglied und Monat 20 Pf. an die Widerstandskasse neben dem üblichen Beitrag von 40 Pf. pro Mitglied und Monat für die Verwaltung. Die Streikunterstützung beträgt 2 Mk. pro Tag für solche Mitglieder, welche der Kasse angegeschlossen sind. Da aber manche Mitglieder, wie z. B. die Laternenanzünder, in diesem Beruf keinen Arbeitsverdienst von 2 Mk. haben, so soll sich der Vorstand demnächst mit der eventuellen Einführung auch niedriger Sätze befassen. Es wurde beschlossen, daß die Sektionen gehalten sind, sich bei ihren Forderungen strikte an das Programm des Verbandes zu halten und stets dazu die Einwilligung des Zentralvorstandes einzuholen. Für jede Stadt soll einheitlich ein gemeinsames Schiedsgericht für die Arbeiter der öffentlichen Betriebe gefordert werden, da das jetzt übliche System der besonderen Ausschüsse bezw. Schiedsgerichte für jeden einzelnen Betrieb sehr zum Schaden der Arbeitnehmer arbeitet. Der Vorstand wurde ferner beauftragt, beim Internationalen Sekretariat der Arbeiter öffentlicher Betriebe die Schaffung eines Internationalen Informations-Bulletins in englischer, französischer und deutscher Sprache zu beantragen. Als Delegierter zur Internationalen Konferenz in Zürich wurde der Sekretär gewählt.

**England.** Genau wie in anderen Ländern haben die Gemeindefarbeiter in England ihre eigene Organisation. Auch sie haben mit Widerwärtigkeiten und Schwierigkeiten in der Organisationsarbeit zu rechnen. Neben dem gemeinsamen Feind brachten auch die Fachereinstellungen ihre Gewerkschaft zur Geltung, sie bekundeten, daß die Gemeindefarbeiter Glieder der allgemeinen Fachvereine sein müßten. Trotzdem wurde die „Municipal Employes Association“ gegründet. In einigen Distrikten sind Gemeindefarbeiter im Gasarbeiterverband, der aber nur mit „Gas“ den Namen gemein hat. Die Mehrheit der Mitglieder ist zusammengefaßt aus Tagelöhnern, Dock- und Fabrikarbeitern. Der Gemeindefarbeiterverband hat gegen 23 000 Mitglieder, die in drei Beitragsklassen verteilt sind. Der Beitrag beträgt in Klasse A 48 Pf., in Klasse B 24 Pf. und in Klasse C, die nur jugendliche Mitglieder unter 18 Jahren umfaßt, 12 Pf. pro Woche. Außer Sterbe- und Unfallunterstützung sowie Rechtshilfe wird allen Mitgliedern Gemafregelten- und Streikunterstützung gewährt. Klasse A erhält außerdem für 26 Wochen Krankengeld, pro Woche 5 Mk. Klasse A und B besitzen eine Sterbeunterstützung von 60 Mk. nach einem Jahre Mitgliedschaft. In den weiteren Jahren der Mitgliedschaft steigt diese bis zu 200 Mk. Klasse C hat davon nur die Hälfte. Ferner erhalten die Mitglieder eine Streikunterstützung von 10 Mk. pro Woche mit einem Zuschlag von 1 Mk. für jedes Kind unter 14 Jahren, solange der Kampf dauert. Das Jahr 1911 war für unsere Kollegen ein Jahr der Arbeitseinstellungen. Auch die Gemeindefarbeiter wurden hierdurch in vielen Städten in Mitleidenchaft gezogen. 1912 ist es stiller gewesen, obgleich keine Arbeitseinstellungen ausbrachen unter den Gemeindefarbeitern von Salford, Stalbridge und Stafford. Das letzte dem Verband 4800 Mk. Daß jedoch die Arbeitseinstellungen von 1911 nicht ohne Erfolg blieben, läßt sich aus folgendem erkennen: Im Londoner Distrikt erreichten die Mitglieder eine jährliche Lohnerhöhung von insgesamt 124 000 Mk. Die zumeist in die Augen springendsten Verbesserungen sind die für die Gasarbeiter in Scharredich, die pro Woche 4 Mk. Lohnerhöhung bekamen, sowie für die Arbeiter der Armenverwaltung in Wandsworth, die in einigen Fällen 5 Mk. pro Woche Zulage erhielten. Die Kensington Borough Council beschloß einen Minimallohn von 30 Mk. pro Woche. Nicht weniger als 9000 Mk. wußte der Verband an Unfallunterstützung zu erlangen. Hierfür einen typischen Fall: In Hammermill war ein Straßenkehrer während der Arbeit gefallen. Die Versicherungsgesellschaft wollte ihn mit 400 Mk. abspesen. Aber der Verband nahm sich seiner an und erreichte, daß dem Arbeiter für die sechs Monate Arbeitsunfähigkeit der halbe Lohn, außerdem aber noch 1600 Mk. zugefandener wurde. Manchester Distrikt. Eine umfangreiche Lohnerhöhung von insgesamt 1 000 000 Mk. pro Jahr war der Erfolg. In Manchester und Salford wurde der Minimallohn auf 24 Mk. pro Woche festgesetzt, ebenso in Soutport und Sudbury, während er in Stalbridge, Barrow und Aldham 25,20 Mark beträgt. Die Arbeitseinstellungen, die in Stafford, Stalbridge und Salford 1912 ausbrachen, waren die Folge der beabsichtigten Zurückziehung der bereits zugewandenen Verbesserungen. Midland-Distrikt: Hier wurden für das Jahr folgende Lohnerhöhungen erreicht: für Leicester 160 000 Mk., Northampton 40 000 Mk., Brafield 1800 Mk., Pirnham 15 000 Mk., Stoke-on-Trent 5200 Mk. und Kettering 1900 Mk. In Leicester ist die durchschnittliche Lohnerhöhung 100 Mk. pro Jahr und Person. In Northampton ist das Minimum 48 Pf. pro Stunde, in einigen

Fällen machte es pro Woche und Mann 8 Mk. mehr. North Eastern-Distrikt: Die erreichte jährliche Lohnerhöhung betrug 200 000 Mk. In New-castle-on-Tyne werden jetzt 12 Urlaubstage bezahlt. Scottish-Distrikt: Als in Glasgow 1904 die erste Filiale der Organisation errichtet wurde, betrug der Minimallohn 19 Mk. pro Woche. Nach mehrfachen Kämpfen hat die Organisation es jetzt auf einen solchen von 25 Mk. pro Woche gebracht. Außerdem wird der Verband in allen Arbeiterfragen voll anerkannt. Im ganzen schottischen Distrikt wurden 1912 nicht weniger wie 540 000 Mark Lohnerhöhungen durchgeführt. In Glasgow allein löst die Gewährung des Minimallohnes von 25 Mk. 120 000 Mk. pro Jahr mehr. Im Western-Distrikt wurden 320 000 Mk. Lohnerhöhungen erreicht, davon in Cardiff allein 180 000 Mk. Das alles in einem einzigen Jahre. Diese Zusammenstellung, die hier gegeben, ist sicher sehr lehrreich. Die Kollegen können daraus die Lehre ziehen: ohne Streikgelder hätten die englischen Kollegen es nicht so weit gebracht. Die Verbandsfinanzen zeigten 1912 an Einnahmen 361 960 Mk. und Ausgaben 210 920 Mk. Am 1. Januar 1912 war ein Massenbestand von 100 140 Mk., am 31. Dezember 1912 bereits ein solcher von 151 020 Mk. vorhanden.

**Frankreich.** Die „Union Syndicale“ der in der öffentlichen Wohlfahrtspflege Beschäftigten in Paris, die bisher zum Verbands der Services de Santé (Gesundheitspflege) gehörten, hat durch Abstimmung mit 607 gegen 31 Stimmen endgültig den Anschluß an den Gemeindefarbeiterverband beschlossen. — Die Pariser Gruppe des Gemeindefarbeiterverbandes sendet alljährlich Kinder ihrer Mitglieder in Erholungsheime. Kürzlich wurden wieder 139 Kinder verschickt auf 43 Tage.

**Schweden.** Das dritte Berichtsjahr unserer schwedischen Bruderorganisation hat wiederum einen guten Vormarsch gebracht. Der Verband zählt jetzt 33 Zahlstellen. Die Mitgliederzunahme betrug 402. In den drei Jahren seines Bestehens wurden im ganzen 322 Mitglieder in den Verband aufgenommen, von denen aber 1248 wieder auswichen. Zur Klärung der Frage, für welche Organisation sind die Straßenbahner zuständig, wurde auf einer Konferenz zugunsten des Anschlusses an unsere Bruderorganisation entschieden. Die bestehenden Vereine der Straßenbahner in Stockholm, Sävle und Sundsväl schlossen sich sofort an, andere werden voraussichtlich in kürzester Zeit folgen. — Für die Zahlstelle 1 und 21 in Lövsta und 5 in Stockholm, Reinigungsarbeiter und verschiedene Handwerker, wurden die Verträge im Februar gekündigt. Obwohl versucht wurde, den Verhandlungen mit der Organisation auszuweichen, kam es doch zum Vertragsabschluss. Der neue Kollektivvertrag gilt bis 1. Mai 1917, für eine kleine Gruppe bis 1914. Erreicht wurden für die Arbeiter Lohnerhöhungen von 134,40 bis 141,12 Mk. pro Jahr, für die Handwerker und Hilfsarbeiter Erhöhung der Stundenlöhne, für das Maschinenpersonal 134,40 bis 168,00 Mk. Lohnerhöhung pro Jahr. Die Arbeitszeit wurde durch Verkürzung einer Anzahl freier Tage für die Reinigungsarbeiter wesentlich verkürzt. Die Kranken- und Unfallunterstützung wurde um 56 bis 84 Pf. pro Tag erhöht. Ein Teil der Arbeiter erhielt Sommerurlaub. — Die Mitglieder der Zahlstellen 3, 4, 6 und 11 in Stockholm, die seit dem Massenstreik im Jahre 1909 unter persönlichen Verträgen arbeiteten, erhoben durch den Verband Forderungen auf Beseitigung derselben und Schaffung eines Kollektivvertrages. Die Verwaltungen lehnten Verhandlungen hierüber ab und um die Unzufriedenheit zu beschwichtigen, wurden die Stundenlöhne um 22 Pf. erhöht, desgleichen die Kranken- und Unfallunterstützung um 56 bis 84 Pf. pro Tag. Hier wird bei günstiger Gelegenheit die Organisation die Forderung von neuem erheben. Die Zahlstelle 8 in Göteborg hatte bei dem Vertragsabschluss im Jahre 1911 die Frage der Vertragsform nicht endgültig festgesetzt. Es wurde jetzt den Arbeitern zugemutet, daß sie alle persönlich den Vertrag unterschreiben sollten; die Kollegen weigerten sich und beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Bei den Verhandlungen, die sofort eingeleitet wurden, war es aber nicht möglich, die persönliche Vertragsform zu vermeiden, dagegen wurden für einen Teil der Kollegen Lohnerhöhungen zugestanden. Auch in Eskilstuna wurde ein Kollektivvertrag durchgeführt. Die Kollegen in Norrköping, Karlstad und Kalmar forderten ebenfalls Beseitigung der persönlichen Verträge. Die Stadtverwaltungen lehnten über Verhandlungen mit der Organisation ab, sie sind aber in „Erwägungen“ eingetreten über den Abschluß solcher Verträge. Ein Teil der Kollegen hat Lohnaufbesserungen bekommen. Für die Arbeiter bei der Reinigung in Kristianstad wurden bei der Erneuerung des Vertrages einige Lohnaufbesserungen zugestanden. Ein Versuch, persönliche Verträge einzuführen, wurde abgewehrt. In Stockholm sind schon seit 1910 Verhandlungen wegen der Miteinstellungsverhältnisse der Gas- und Elektrizitätsverksarbeiter. Nach langer Debatte haben jetzt auch die Stadtverordneten beschlossen, die Miteinstellungs- und Pensionsverhältnisse der städtischen Arbeiter endgültig zu regeln. Die erzielten Lohnbewegungen betragen insgesamt 155 680 Mk. Dazu kommen noch die ulangen Erfolge, wie Sommerurlaub, Arbeitszeitverkürzung, Kranken- und Unfallunterstützung usw. — Die Einnahmen und Ausgaben balancierten mit 33 356,20 Mk.



Rundschau

Freie Volkshochschule Berlin. Das neue Programm für das Herbstquartal — Oktober bis Dezember — 1913 bringt wieder eine Vermehrung der Vortragsreihen auf 150. Neben den bisher gepflegten Gebieten: Naturgeschichte, Weltanschauung, Philosophie, Volkswirtschaft, Staats- und Rechtslehre, Geschichte, Geographie, Medizin, Technik, Mathematik, Kunst, Literatur, Sprachen usw. usw. sind neu aufgenommen: Kultur der alten Welt, Französische Kunst, Streifzüge durch Italien, Gesangslehre, Steuerkunde, Wetterkunde, Gartenkunst und Hausgärten usw. usw. — Eine große Anzahl von Vorträgen werden wieder durch Lichtbilder, Demonstrationen, Ausstellungen und Führungen ergänzt werden. — Die Programme sind vom 20. September ab außer im Ortsbureau auch in sämtlichen Filialen von Vöcker u. Wolff und in sämtlichen öffentlichen Bibliotheken und Lesesälen Berlins und der Vororte kostenlos erhältlich. Die Hörerkarten sind, wie bisher, für unsere Mitglieder mit 25 Proz. Ermäßigung ebenfalls vom 20. September ab in unserem Bureau zu haben. Die Hörerkarten sind, wie bisher, für unsere Mitglieder mit 25 Proz. Ermäßigung, ebenfalls vom 20. September ab in den Bazarhandlungen der Herren: Paul Gösch, E. C. 16, Engelauer 15, Ernt. Rühl, M. 6, Charitéstr. 3, Alfred Wolf, Charlottenburg, Kirchstr. 30, zu haben.

Wie steht's mit dem Schnapsbottel? Der Leipziger Schnapsbottel-Verbot hat nicht die umfassende Wirkung erlangt, wie wohl manche Genossen im Uebermaß der Freude erwarteten. Aber er wirkte doch fühlbarer, als die Schnapssteuer zunächst glauben befürchteten zu müssen. Wirke er doch in Verbindung mit der Steuererhöhung, so ist, daß die Regierung, um den edlen und hochedlen Schnapsbrennern die Liebesgaben zu sichern, das Kontingent, d. h. die nur mit 70 hl. pro Hektoliter zu verteilende Erzeugungsmenge, um circa 20 Proz. ermäßigte. Das hatte dazu führen müssen, den Schnapsbottel mit größerem Nachdruck durchzuführen, aus politischen wie aus sozialen Gründen. Leider ließ die Energie in der Propaganda nach. Der Trinkunfuge, besonders dem starken, gewohnheitsmäßigen Schnapsgenuss, schrieb man aus Profitgründen vielfach gute, dem Körper zuträgliche Eigenschaften zu. Das erwiderte den Kampf gegen den Fiskus. Um so mehr war der fortgesetzte Hinweis auf den Volkstott, seinen Zweck und seine Bedeutung sowie auf die falsche Anschauung über den Nährwert und die Wirkkraft des Alkohols erforderlich. Wird doch gerade der Aermste am meisten betrogen, wenn man ihn im Glauben läßt, der Schnaps könne seinem unterernährten Körper Kraft, Wärme und Arbeitsfreude verleihen. Solcher Wahn befördert nur den Raubbau an der Arbeitskraft, hält aber auch in poltruischer Indifferenz gefangen. Der Schnapsbottel und seine Durchführung hat daher auch einen großen propagandistischen Wert. Allein schon aus diesem Grunde wäre seine bessere Beachtung und Durchföhrung zu wünschen. — In welcher Weise der Volkstott auf den Verbrauch wirkte, zeigt die Aufstellung. Im Zeitraum der Perioden von Oktober bis August betrug der Abjaz an Trinkbranntwein:

Table with 3 columns: Year, Quantity (hl), and Value. Rows for 1908/09, 1909/10, and 1910/11.

Die Abzäpferänderung ist sehr interessant. Ein Teil des Abzäfes von 1908/09 kann nicht dem direkten Verbrauch zugerechnet werden, er ist die Folge einer Vorberzögrung. Die Verbraucher füllten ihre Bzäger, ehe die Steuererhöhung wirksam wurde. Daher denn auch zunächst der auffällig große Rückgang. In den Jahren 1910/11 und 1911/12 nahm der Abzäf wieder beträchtlich zu. Die Schnapssteuer gegen daraus ihre Konsequenzen. Die Spirituszentrale trieb den Preis hinauf, so kräftig, daß die aus der Preissteigerung sich ergebenden Mehrerlöse den Abzäf ausgleichten. Die Destillateure wälzten die Mehrerlöse auf die Konsumenten ab, indem sie den Alkoholgehalt des Fuzels verringerten. Die Schnapssteuerverbraucher mußten für weniger Alkohol dieselben oder noch höhere Preise zahlen. Daraus erklärt sich zum Teil der erneute Rückgang im Abzäf von Trinkbranntwein. In ihm spiegelt sich keineswegs eine finanzielle Schädigung der Schnapssteuer wider. Natürlich ist trotzdem der Rückgang des Alkoholverbrauches aus sozialen Gründen zu begrüßen. Aber auch die andere beachtlichste Wirkung des Schnapsbottelgesetzes kann und muß mehr zu ihrem Rechte kommen. Sie wird's, wenn nimmer der Volkstott besser und zweckbewußter beachtet wird. Die Steuererhöhung ist als die Herren der Lage. Die Verschlechterung und gleichzeitige Verteuerung des Fuzels hat natürlich eine Grenze. Daher sind nun die Steuererhöhung für den Schnaps einen Minimalabzäf von Alkohol vorzuschreiben. Noch trübten sich die Destillateure, dem Druck der Spirituszentrale zu gehorchen. Müßen sie nachgeben, dann werden auch sie die Preise weiter steigern, vor allem aber die Spiritusbrenner erzielen einen größeren Abzäf zu bedeutend höheren Preisen. Die Destillateure werden mit den Brennern gemeinsam die Preisbremse weiter anziehen, wenn man erst über die Verteilung der Beute einig geworden ist. Das schöne Spiel kann gründlich gestört werden, wenn dem Schnapsbottel solche Beachtung verschafft wird, wie ihm die Arbeiterbewegung mit all

ihren Einrichtungen (Presse, Versammlungen, Feste usw.) verschaffen kann. Der Preis lohnt jede Mühe!

Die arbeitsstatistische Abteilung des englischen Handelsministeriums veröffentlicht in einem Weißbuch die Ergebnisse einer umfassenden Untersuchung über die Lebenskosten des Arbeiterhaushalts in England und entrollt dabei ein ziemlich trübes Bild. Der Untersuchung zugrunde gelegt werden die Preise für Miete, Lebensmittel und Kohlen, die drei Viertel der Ausgaben einer Arbeiterfamilie darstellen. Die Untersuchung erstreckt sich auf 76 englische, 11 schottische und 6 irische Städte, in denen zusammen eine Bevölkerung von 19 Millionen Menschen wohnt. Das Ergebnis dieser äußerst sorgfältigen Untersuchung ist nun dies, daß seit 1905, wo die letzte derartige Untersuchung stattfand, für den Arbeiter die Mieten um 1,8, Lebensmittel und Kohlen zusammen um 13,7 und Miete, Lebensmittel und Kohlen zusammen um 11,3 Prozent gestiegen sind. Verglichen mit dem Jahr 1896, das allerdings am Ende einer Periode niedriger Preise lag, kommt sogar eine Preissteigerung der Lebensmittel um 28 Prozent heraus. Die Preissteigerung für den Haushalt verteilt sich nicht ganz gleichmäßig über das ganze Königreich. In Stockport, zehn Kilometer südlich von Manchester, beträgt sie 20, in Portsmouth nur 7 Prozent. Bei provinzweiter Betrachtung kommt man in Lancashire und Cheshire auf 15,8 Prozent Preissteigerung. In London beträgt sie in dem Zeitraum seit 1905 12 Prozent. Ueber die Ursachen der Erhöhung sagt der Bericht nichts. Er begnügt sich festzustellen, daß sie in der ganzen Welt beobachtet wird. Anschaulicher werden die trockenen Zahlen des Berichtes, wenn man sie auf den Einzelfall der Arbeiterfamilie anwendet. Die genannte Preissteigerung bedeutet, daß der Arbeiterhaushalt für Kleidung, Wohnung und Heizung wöchentlich 5 Schilling mehr aufbringen muß als vor sieben Jahren. Das ist bei Löhnen von 25 Schilling in der Woche eine ungeheuerliche Mehrausgabe, der kein entsprechender Gewinn aus höheren Löhnen gegenübersteht, wie wir gleich sehen werden. Im ganzen muß also jetzt die neun Millionen betragende Arbeiterbevölkerung Großbritanniens jährlich 117 Millionen Pfund, das heißt weit über zweieinhalb Milliarden Mark mehr ausgeben, um die dringendsten Bedürfnisse des bescheidenen Lebens zu befriedigen. Durch höhere Löhne bekommt aber der Arbeiter nur einen Bruchteil dieses Mehraufwandes wieder herein. Allerdings erstreckt sich die Lohnunterstützung nicht auf alle Klassen von Arbeitern, sondern stellt nur die Verhältnisse bei den (gelernten und ungelerten) Manarbeitern, Maschinenarbeitern und Druckern fest, die einen sehr großen Teil der Gesamtbevölkerung bilden, und bei denen sich in den letzten sieben Jahren eine Löhnerhöhung von 3,25 bis 3,83 Prozent ergibt. Nimmt man die Löhne im ganzen, so wird von dem jährlichen Mehraufwand von 117 Millionen Pfund nur ein Viertel durch höhere Löhne wieder eingebracht. Das heißt also, der britische Arbeiter steht sich trotz der tatsächlichen Löhnerhöhung sehr viel schlechter als 1905. — Ganz ähnlich — wenn nicht noch schlechter — sieht gewiß das Bild in Deutschland aus.

Das Problem der Arbeiterwanderungen. Im Augusthefte des Reichsarbeitsblattes findet sich eine Darstellung der Arbeiterwanderungen auf Grund der Feststellungen des Quittungskartenauslasses, der 1911 wie 1912 zwischen den deutschen Landesversicherungsanstalten stattfand. Die Einblicke, welche diese Feststellungen in die wichtigen Wanderungsverhältnisse unter den Arbeitern ermöglichen, unterliegen zwar gewissen, in dem Aufsatz eingehend angeführten Beschränkungen ihres Wertes, aber es handelt sich gleichwohl um eine der wenigen Quellen, die überhaupt ein Verfolgen der Wandererscheinungen der in unserer Zeit stattfindenden steten Abwanderungen, Zugzige und Ueberwanderungen ermöglichen. Als Gebiete, denen sich die Arbeiter in erster Linie zuwenden, kommen vor allem Brandenburg und Berlin in Betracht, dann Rheinland-Westfalen einerseits, wie Hamburg, Schleswig-Holstein andererseits. In Süddeutschland ziehen insbesondere Oberbayern und Baden mehr Arbeitskräfte an sich, als sie an eigenen Arbeitern anderen Landesteilen liefern. Das Königreich Sachsen stand nach den Ergebnissen der Wanderungen, wie sie im Jahre 1911 festzustellen waren, noch unter den Gebieten, die mehr eigene Arbeiter in andere Landesteile entsandten, als sie aus deutschen Bezirken selbst empfangen. 1912 ist Sachsen jedoch zu einem Zuwanderungsgebiete geworden. Im Verlaufe des Jahres 1912 hat Sachsen über 18 000 Versicherte mehr aus anderen Gebieten erhalten als abgegeben. Brandenburg, das insgesamt fast 150 000 Arbeiter mehr an sich zog als abgab, hat im Jahre 1912 demgegenüber nur etwa 11 000 neu gewonnen. Einen fast so großen Jahresgewinn erlangten auch Schleswig-Holstein und Hannover. Hannover hat im Jahre 1911 keinen so hohen Zustrom gehabt. Wenn Berlin und die Danzestaaten mit einem schließlichen Jahresgewinn im Vergleich zu 1911 nicht genannt werden können, so liegt das daran, daß sich bei Berlin wie bei Hamburg die Abwanderung der Bevölkerung in die umliegenden Orte bemerkbar macht. Im Verlaufe des Jahres 1911 wies Schleswig-Holstein keinen so hohen Jahresgewinn wie 1912 auf; die Danzestaaten hatten dafür damals einen solchen um 26 000. Für das große Industriegebiet Rheinlands-Westfalen macht sich in den statistischen Ergebnissen der Umfandforschung bemerkbar, daß die Bergarbeiter in der Quittungskarten

statistik nicht enthalten sind. Wenn Rheinland aber 1912 ein Nachlassen der Anziehung im Vergleiche zu 1911 zu erkennen gibt, so stimmt das mit den Feststellungen überein, daß verschiedene östliche Provinzen im Verlaufe des Jahres 1912 eine weniger häufige Abgabe von Arbeitern nach dem westlichen Industriegebiete zu verzeichnen hatten. Die östlichen Gebiete: Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen, auch Pommern, wie Mecklenburg, sind die Hauptgebiete, die den Zugzugsbezirken Arbeitskräfte stellen. Auch Sachsen-Anhalt, Braunschweig und Thüringen kommen in Mitteldeutschland und Bayern wie Württemberg in Süddeutschland als Zugzugsgebiete in Betracht. Während bei Schlesien und Sachsen-Anhalt der gesamte Wanderungsverlust sich 1912 im Vergleiche zu dem Jahresverluste 1911 noch erhöhte, zeigt sich für Polen, Ostpreußen und Pommern, auch für Westpreußen und Mecklenburg, eine Abschwächung der Zugzugsbewegung.

**Aus einer Beamtenorganisation.** Der „Leipz. Volks-Sta.“ entnehmen wir das folgende: Dieser Tage fand im Kongreßsaale der Iba der fünfte Verbandstag des Verbandes der Wegebaubeamten in Deutschland statt. Dem Verbands gehören 1008 Mitglieder an, die in Landesvereinen organisiert sind. Die Zahl der Kongreßteilnehmer war nur gering. Der Name des Verbandes ist eigentlich irreführend, denn in dem Verbands sind nicht die Wegebaubeamten, sondern die Wege- und Straßenmeister organisiert. Bei den Verhandlungen zeigte sich, daß die allerdings noch junge Organisation noch recht in den Kinderschuhen steckt. Ueber die Bestrebungen des Verbandes sollte der Verbandsvorsitzende Grimm einen besonderen Vortrag halten. Er begann mit den Worten: Der Verband versucht die wirtschaftliche Vesserstellung seiner Mitglieder von den hohen Behörden zu erbitten. Gleichzeitg ist der Verband bestrebt, die Kenntnisse seiner Mitglieder in Nachfragen so zu erweitern, daß die Ansprüche der Behörden erfüllt werden. Dann folgte eine ausführliche Darlegung darüber, wie sich die Wegemeister am besten beruflich vor- und fortbilden können durch Baugewerk, Tiefbau- oder Wegebauschulen. Dieser Ton des „Erbittens“ beherrschte die ganzen Verhandlungen. Als angeregt wurde, den Titel des Verbandes so zu ändern, daß zum Ausdruck komme, wer im Verband organisiert ist, widersprach der Vorsitzende. Er meinte, der Verband müsse versuchen, unter dem bisherigen Namen das Wohlwollen der Behörden zu erlangen und zu erhalten. Bei dem Punkt der Tagesordnung: Gittgesuche und Petitionen, lag ein Antrag vor, dem Ministerium des Innern eine Denkschrift über die Gehaltsverhältnisse der Wegemeister zu überreichen. Auch bei diesem Antrag überstürzten sich die Vorstandsmitglieder, man solle ja keine Forderungen an die Behörden stellen, es genüge, das Material einzureichen, vielleicht werde das Ministerium dann von selbst einsehen, daß die Gehälter der Aufbesserung bedürften. Den gleichen Geist atmete eine Auseinandersetzung über die Titel. Ein Antrag forderte, die Behörden sollten ersucht werden, den Wegebaubeamten die eigentlich Wegemeister oder Aufseher sind nach einer bestimmten Dienztitel den Titel „Ober-Wegebaubeamte“ zu verleihen. Der Verein in Preußen hat bereits ein solches Gesuch an die Landesbehörde gerichtet! Einer der Redner meinte, man solle bei einem solchen Gesuch wenigstens dafür eintreten, daß mit dem Titel „Ober“ auch eine Gehaltszulage verbunden sei. Nach langem Hin und Her beschloß der Kongreß, in dieser Angelegenheit nichts zu tun, weil die meisten Redner den Zeitpunkt für die Einführung dieses Titels noch nicht reif hielten. Es verriet sich von selbst, daß eine solche, von Untertänigkeit triefende Körperlichkeit nicht ohne die unvermeidlichen Schuldungstelegramme an die Landesväter und die dazu gehörigen Docks auskommen kann. Wenn die Wegebaubeamten erst einmal lange genug die Erfahrung gemacht haben, daß trotz aller Willen ihre wirtschaftliche Lage nicht gebessert wird, dann werden sie schließlich auch andere Töne finden. — Ten Weg zu unserer Organisation werden die angehenden „Ober-Wegebaubeamte“ aber wohl schwerlich finden, denn da müssen sie ja auch einmal „Forderungen“ stellen!

**August Bebel.**

Ihr Halben und ihr Laien, kommt heran!  
 In diesem Grabe ruht ein ganzer Mann.  
 Raulschiffen, belet! Dieser Arbeit —  
 Bekannt das Wunder! — war ein edler Geist  
 Ih Patriot, wenn's noch welche gibt,  
 Wer hat wie er sein Vaterland geliebt?  
 Staatsmänner, lernt, wie einer neuen Welt  
 Umsonst die Dummheit sich entgegenstell!  
 Ihr Generale, zieht den Federhut!  
 Der Marschall Vorwärts wadel nicht im Mut.  
 Bekrönte Häupter, sagt mir, wessen Reich  
 Auf dieser Erde wohl dem seinen gleich!  
 Du aber, Menschheit, hebe stolz das Haupt!  
 Denn, der hier ruht, er hat an dich geglaubt.

Edgar Steiger im „Simplicissimus“.

**◆ Verbandsteil ◆**

**Ausscheiden des Kollegen D. Nibel aus dem Verbandsvorstand.** Mit dem 1. August d. J. ist Kollege Nibel aus dem Verbandsvorstand geschieden. Er hat den Posten eines Sekretärs der Filiale Hamburg übernommen. Verbandsvorstand und Verbandsauschuß haben sich mit der Neubesezung des Postens beschäftigt, nachdem eine Gauleiterkonferenz vorher ihre Meinung hierzu geäußert. Der Posten des zweiten Vorsitzenden bleibt hiernach bis zum nächsten Verbandstag unbesetzt.

Der nächste Verbandstag findet bereits im Jahre 1914 statt.

**Auswechslung von Mitgliedsbüchern.** Mit Jahresluß muß eine größere Anzahl Mitgliedsbücher ausgewechselt werden, da die Markenrubriken nicht mehr ausreichen. Nach Meinung des Verbandsvorstandes ist es nicht nötig, die alten Mitgliedsbücher durch den Verbandsvorstand oder die Filialleitung aufzuheben, wengleich hierzu durch statutarische Bestimmungen eine Berechtigung vorläge. Deshalb ersuchen wir die Filialleitungen, bei der diesmaligen Ausfertigung von Ersatzbüchern den Mitgliedern die alten Bücher selbst zur Aufbewahrung zu überlassen. Den Mitgliedern erwächst dadurch die Aufgabe, ihre alten Mitgliedsbücher gut aufzubewahren, um später den Nachweis ihrer Mitgliedschaft und der gezahlten Beiträge führen zu können.

Der Verbandsvorstand.

**◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆**

Von der Gleichheit ist soeben die Sondernummer erschienen, den Verdiensten August Bebels um die internationale proletarische Frauenbewegung gewidmet.

Aus dem Inhalt der Nummer heben wir hervor: Dem toten Bebel. Rede von Clara Zetkin an Bebels Grab. August Bebel. Von Clara Zetkin. Der Führer der deutschen Arbeiterklasse. Von Rosa Luxemburg. Bebel als Mitbegründer und Förderer der freien Gewerkschaften. Von Helene Grünberg. Der Verteidiger des mißhandelten deutschen Soldaten. Von Kz. Was Bebel den Proletarierinnen gab. Von Luise Zieg. Und anderes. Das Titelblatt enthält das Porträt: Bebel am Schreibisch. Diese Sondernummer ist zum Preise von 10 Pf. durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und durch die Expeditionen der Gleichheit zu beziehen.

Die Natur unserer Wirbelstürme, die gerade im letzten Frühjahr in Süddeutschland so mannigfachen Schaden anrichteten, hat A. Sieberg zum Gegenstand einer hübsch illustrierten Abhandlung gemacht, die im Augustheft des Kosmos-Handwerlers (jährlich 12 Hefte und 5 Vuchbeitagen für nur 4,80 M.) veröffentlicht ist. Gewöhnlich ist man geneigt, wenn man von einem Windwirbel hört, an einen aufsteigenden Luftwirbel nach Art der berühmten Tornados oder der kleineren Windhosen zu denken. Derartige Erscheinungen gebören aber in unseren Gegenden zu den Seltenheiten: vielmehr handelt es sich fast stets um einen Luftwirbel mit waagerechter Achse, eine sogenannte Vöe. Die ausführlichen Erklärungen des Verfassers werden vielen manche erwünschte Aufklärung bringen — In demselben Heft findet sich unter den vielen Beiträgen auch ein interessanter Aufsatz von Prof. Dr. W. Mill über jene eigentümlichen Räume, die ihre Blüten und Frücht: direkt am Stamm oder an stärkeren Ästen entwickeln und daher als kauliflore bezeichnet werden. Ja sogar die Zerschlagung, die in heißen Sommermonaten durch die Presse geschieht, hat sich eingestelt, und zwei amerikanische Forscher geben ihr mutig zu Leibe — wahrlich, jeder Leser wird sich freuen, wieder ein so hübsch illustriertes und zusammengestelltes Kosmosheft in die Hände zu bekommen, mancher verregnete Tag in den Ferien kann so durch unterhaltende und belebende Lektüre ausgefüllt werden.

**Totenliste des Verbandes.**

**Wilhelm Goldacker, Krippig**  
 Arbeiter (hish. Strahenreinig.)  
 † 24. 8. 1913, 62 Jahre alt.

**Ernst Hamm, Dresden**  
 Arbeiter (Tiefbauamt)  
 † 29. 8. 1913, 63 Jahre alt.

**Otto Paweloki, Berlin**  
 Arbeiter  
 † 28. 8. 1913, 37 Jahre alt.

**Otto Jankert, Magdeburg**  
 Arbeiter  
 † 30. 8. 1913, 44 Jahre alt.

Ohre ihrem Andenken!